



HDI Pensionskasse AG auf einen Blick.

	2013	2012	+/- %
TEUR			
gebuchte Bruttobeiträge	108.846	119.688	-9,1
Neugeschäftsbeiträge (APE-Basis) ¹⁾	3.641	4.605	-20,9
Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	18.277	16.799	8,8
versicherungstechnische Nettorückstellungen ²⁾	1.229.471	1.045.959	17,5
Kapitalanlagen ³⁾	1.259.819	1.064.646	18,3
Ergebnis aus Kapitalanlagen ³⁾	101.382	51.654	96,3
Nettoverzinsung (in %)	9,1	5,4	

1) Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge + 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge)

2) einschließlich Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

3) einschließlich Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Inhalt.

2	Verwaltungsorgane der Gesellschaft
2	Aufsichtsrat
3	Vorstand
4	Lagebericht
4	Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur
4	Wirtschaftsbericht
9	Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
9	Nachtragsbericht
9	Risikobericht
15	Prognose- und Chancenbericht
18	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (Anlage 1 zum Lagebericht)
20	Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen (Anlage 2 zum Lagebericht)
21	Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)
23	Jahresabschluss
24	Bilanz zum 31.12.2013
26	Gewinn- und Verlustrechnung
28	Anhang
44	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
45	Überschussbeteiligung
50	Bericht des Aufsichtsrats

Verwaltungsorgane der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Gerhard Frieg

Vorsitzender (seit 15.3.2013)

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG
Heidelberg

Ulrich Rosenbaum

Vorsitzender (bis 15.3.2013)

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG
Brühl

Jörn Stapelfeld

stellv. Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG
Hamburg

Markus Drews

(seit 15.3.2013)

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG
Heidenrod

Vorstand

Ulrich Rosenbaum

(seit 15.3.2013)

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG,
Hannover

Im Vorstand der
HDI Pensionskasse AG
verantwortlich für

- Vertrieb und Marketing
- Underwriting und Kundenservice
- Controlling
- Risikomanagement
- Geldwäschebekämpfung
- Compliance
- Datenschutz

Dr. Bodo Schmithals

Im Vorstand der
HDI Pensionskasse AG
verantwortlich für

- Vermögensanlage und -verwaltung
- Rechnungswesen, Bilanzierung und Steuern
- Aktuarielles Controlling
- Produktmanagement
- Mathematik
- Rückversicherung
- Revision

Markus Drews

(bis 15.3.2013)

Lagebericht.

Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur

Unternehmenspolitischer Hintergrund

Die HDI Pensionskasse AG ist Teil des Talanx-Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland. Ihr Sitz ist Köln.

Um noch kundenorientierter, transparenter und effizienter agieren zu können, wurden im September 2012 im Talanx-Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland die Marken HDI, HDI 24 und HDI-Gerling unter der neuen alten Marke HDI zusammengefasst. Die ehemalige HDI-Gerling Pensionskasse AG firmiert seither als HDI Pensionskasse AG.

Gegenstand unserer Gesellschaft ist die Durchführung betrieblicher Altersversorgung im Wege einer überbetrieblichen Pensionskasse. Angeboten werden aufgeschobene Rentenversicherungen sowohl in der Form der beitragsorientierten Leistungszusage als auch in der Form der Beitragszusage mit Mindestleistung sowie Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen.

Unsere Vertriebspartner

HDI verfolgt verstärkt das Ziel, den Kunden einen einfachen Zugang zu den Vorsorgeprodukten und vielfältigen Beratungs- und Serviceleistungen zu bieten. Bestandteil dieses Bestrebens ist, die Zusammenarbeit mit sorgfältig ausgewählten Vertriebspartnern in allen relevanten Vertriebswegen zu pflegen und auszubauen.

Wesentliche Erfolgsfaktoren sind dabei die Zusammenarbeit mit regional tätigen Maklerbetrieben mit überregional tätigen Vertriebsorganisationen sowie mit unserem Exklusivvertrieb. Hierzu wurden geeignete Managementstrukturen zur übergreifenden Steuerung unserer Vertriebsseinheiten geschaffen.

Unser besonderes Augenmerk gilt der aktiven Begleitung der besonderen Herausforderungen, denen sich unsere Vertriebspartner zu stellen haben. Insbesondere den Herausforderungen Nachwuchsgewinnung sowie qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildung stellen wir uns mit besonderem Engagement. Neben den eigenen

Aktivitäten für unsere Exklusivvertriebe engagieren wir uns auch im Rahmen einer Fördermitgliedschaft in der aktiven Zusammenarbeit mit der „Deutsche Makler Akademie“.

Dienstleistungen im Konzernverbund

Die Einbindung der HDI Pensionskasse AG in eine große Versicherungsgruppe ermöglicht die gemeinsame Nutzung gesellschaftsübergreifend organisierter Funktionen und damit die sinnvolle Nutzung von Synergien und Ressourcen. Hierdurch können Kostenvorteile einer einheitlichen Bearbeitung im Konzern genutzt und bessere Konditionen bei Lieferanten erreicht werden.

Wesentliche Dienstleistungen übergreifend tätiger Funktionsbereiche, wie z.B. Rechnungswesen, In-/Exkasso und Personal werden unter anderem über die Talanx Service AG und die HDI Kundenservice AG zentral für alle Inlandsgesellschaften des Talanx-Konzerns erbracht, also auch für die HDI Pensionskasse AG. Darüber hinaus nutzt die HDI Pensionskasse AG die zentralen Dienstleistungen der Talanx Asset Management GmbH, die die Vermögensverwaltung für die Versicherungsgesellschaften im Konzern betreibt, sowie die IT-Dienstleistungen der Talanx Systeme AG.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Entwicklung

Die erste Jahreshälfte 2013 war in Europa durch politische Rückschläge und die anhaltende Euroschuldenkrise gekennzeichnet. Der drohende politische Stillstand in Italien sowie der spät und friktionsreich abgewendete Staatsbankrott Zyperns lösten vor allem zu Jahresbeginn große Verunsicherung bei den Marktteilnehmern aus. Im Zuge dessen fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum im ersten Quartal um 0,2 %. Im zweiten Quartal 2013 wuchs die Wirtschaft hier erstmals seit Ende 2011 wieder, um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal – unter anderem dank des starken Wachstums in Deutschland (+0,7 %) und in Frankreich (+0,6 %); im dritten Quartal verzeichnete die Eurozone nur noch ein moderates Wirtschaftswachstum von 0,1 %. Die Rezession scheint überwunden, dennoch verbuchte der Euroraum für 2013 in Summe eine Schrumpfung des BIP um 0,4 %.

In Deutschland stagnierte das BIP im ersten Quartal 2013, nachdem es im vierten Quartal 2012 noch um 0,5 % gesunken war. Der Ifo-Geschäftsklimaindex, als einer der meistbeachteten Konjunkturindikatoren im Euroraum, verbesserte sich im Dezember auf 109,5 Punkte und erreichte damit den höchsten Stand seit April 2012.

Die Konjunktur in den USA zeigte sich im Jahr 2013 insgesamt robust. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte entwickelte die US-Wirtschaft eine relativ kräftige Dynamik: Mit 4,1 % verzeichnete sie im dritten Quartal die stärkste Expansion seit dem ersten Quartal 2012. Zugleich fiel die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf von 7,9 % auf ein Fünfjahrestief von 6,7 %.

Die Geldpolitik der großen Zentralbanken blieb unverändert expansiv. In Europa reduzierte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins im zweiten Quartal 2013 um 25 Basispunkte auf 0,50 %. Für viele unerwartet, senkte sie im November die Leitzinsen abermals – auf ein Rekordtief von 0,25 %. Zugleich weitete die EZB die unbegrenzte Bereitstellung von Liquidität für den Bankensektor aus: Sie will diese nun bis Mitte 2015 gewähren. Die Bank of England koppelte ihren Leitzins an die Arbeitslosenquote und die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) kündigte im Dezember an, die monatlichen Anleihenkäufe ab Januar 2014 um 10 Mrd. USD zu reduzieren. Gleichzeitig bekräftigte die Fed, sie werde die Leitzinsen noch lange bei null belassen, selbst wenn die US-Arbeitslosenquote unter 6,5 % fallen sollte.

Kapitalmärkte

An den Rentenmärkten beeinflussten die schwache Konjunktur, die politischen Unsicherheiten und die weiterhin expansive Geldpolitik das Marktgeschehen. Im ersten Quartal 2013 sorgte die Restrukturierung der niederländischen SNS-Bankengruppe, im Zuge derer Nachranggläubiger enteignet wurden, für eine nachhaltige Verunsicherung der Investoren. Ebenso beunruhigte die Marktteilnehmer die Neuordnung des zyprischen Bankensystems. Die Zinsentwicklung im zweiten Quartal war erneut von Maßnahmen und Äußerungen der Zentralbanken dominiert. In diesem Umfeld gab es neben starken Währungsbewegungen im US-Dollar und im Yen auch heftige Zinsbewegungen mit einem deutlichen Renditeanstieg. Im dritten Quartal standen die US-Haushaltsplanung, die Regierungskrise in Italien sowie die Bundestagswahl in Deutschland im Blickpunkt der Kapitalmarktteilnehmer. Die Zinsentwicklung war entsprechend volatil.

Das vierte Quartal startete mit einer Reihe ökonomischer und politischer Turbulenzen. Eine scheinbare Annäherung der politischen Parteien im US-Haushaltsstreit um die Anhebung der Schuldenobergrenze führte vorübergehend zu einer Zinsstabilisierung. Anfang

Dezember kam infolge vermehrter positiver Nachrichten wieder mehr Zug in die Zinsentwicklung: Stabile US-Makrodaten und sehr positive US-Arbeitsmarktdaten sorgten für einen deutlichen Zinsanstieg. Auch zum US-Haushaltsstreit gab es einen tragfähigen Kompromiss, der das Haushaltsdefizit für die kommenden zwei Jahre regeln soll.

In Deutschland stiegen die Renditen im Jahresvergleich deutlich: Zweijährige Bundesanleihen legten um ca. 17 Basispunkte auf 0,189 % zu, fünfjährige um gut 67 Basispunkte auf 0,959 % und zehnjährige ebenfalls um gut 67 Basispunkte auf 1,959 %.

Im Primärmarkt – dem Markt für die Erstausgabe von Wertpapieren – gab es zu Jahresbeginn eine sehr aktive Neuemissionstätigkeit, vor allem bei Unternehmensanleihen, kurzlaufenden Senior Financials (erstrangigen Finanztiteln) und hochverzinslichen Papieren. Emittenten von Covered Bonds (Pfandbriefen) hielten sich – anders als im Vorjahr – während des gesamten ersten Quartals sehr zurück. Die Monate März bis Mai waren in puncto Emissionen überdurchschnittlich lebhaft; ähnlich viel Bewegung kam erst wieder im September über den Markt für Corporate Bonds (Unternehmensanleihen) in den Primärmarkt.

Der Trend der ersten neun Monate setzte sich anschließend fort. Auch zum Ende des vierten Quartals waren Investments in risikobehaftete Anleihen entsprechend stark gefragt: Hochzinsanlagen, nachrangige Bankenanleihen und Covered Bonds, speziell der Peripherieländer Spanien, Irland, Portugal und mit ein wenig Abstand Italien; sie zeigten trotz zwischenzeitlicher Verunsicherung die beste Jahresperformance.

Deutsche Versicherungswirtschaft

Die Ausführungen zu den Versicherungsmärkten stützen sich insbesondere auf Veröffentlichungen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) und beinhalten vorläufige Daten.

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat 2013 in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld agiert. Die anhaltende Niedrigzinsphase stellt weiterhin eine Belastungsprobe für die Branche dar – insbesondere für die Lebensversicherer. Dank langfristig orientierter Kapitalanlagestrategie, breit diversifiziertem Anlagespektrum mit geringem Engagement in den Krisenstaaten und ausgeklügeltem Risikomanagement konnten negative Auswirkungen auf das eigene Geschäft und für die Kunden vermindert werden. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen hat sich die Geschäftsentwicklung in der deutschen Versicherungswirtschaft im Berichtsjahr insgesamt stabil ge-

zeigt. Spartenübergreifend war eine Zunahme der Beitragseinnahmen von rund 3 % zu verzeichnen.

Lebensversicherung

Die Beitragsentwicklung in der Lebensversicherung (unter Einbeziehung der Pensionskassen und -fonds) war 2013 durch einen starken Zuwachs im Einmalbeitragsgeschäft gekennzeichnet. Im Neugeschäft war gegenläufig ein Rückgang bei den laufenden Beiträgen festzustellen. Insgesamt konnten die laufenden Beitragseinnahmen bei rund 65 Mrd. EUR stabil gehalten werden woraus unter Einbeziehung der Einmalbeiträge gebuchte Bruttobeiträge in Höhe von rund 91 Mrd. EUR resultierten. In der Struktur des Neugeschäfts setzte sich die seit Beginn der Finanzkrise zu beobachtende Verschiebung zugunsten klassischer Lebensversicherungen mit garantierten Leistungen und zulasten fondsgebundener Policen fort. Die Neugeschäftszahlen spiegeln die nach wie vor große Bedeutung der Rentenversicherung wider, welche nach Anzahl knapp die Hälfte und nach Beiträgen gut zwei Drittel der gesamten Neuzugänge ausmacht. Der Versicherungsbestand von Lebensversicherungen, Pensionskassen und -fonds lag im Berichtsjahr leicht unter dem Niveau von 2012. Trotz der seit längerem niedrigen Zinsen gelang es der deutschen Versicherungswirtschaft auch 2013, eine Gesamtverzinsung über dem Garantiezins zu erwirtschaften.

Entwicklung der Pensionskassen

Nach wie vor spielen Lebensversicherungsverträge auch in der betrieblichen Altersversorgung eine bedeutende Rolle.

Der Neuzugang belief sich den vorläufigen Zahlen des GDV zufolge auf rund 132.750 Verträge, womit ein Rückgang von 23,7 % zu verzeichnen war. Die laufenden Neugeschäftsbeiträge gaben um 25,6 % auf 128,5 Mio. EUR nach, die Einmalbeiträge stiegen um 56,3 % auf 221,1 Mio. EUR an. Die Beitragssumme des Neugeschäfts erreichte eine Höhe von 3,8 Mrd. EUR (-23,4 %).

Aus einem Bestand von 3,7 Mio. Verträgen (+1,4 %) wurden gebuchte Bruttobeiträge von nahezu 2,9 Mrd. EUR und somit ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 2,9 % erzielt.

Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Das globale Versicherungsgeschäft unterliegt zahlreichen und detaillierten aufsichtsrechtlichen Regelungen und Anforderungen. Die zuständigen Aufsichtsbehörden in den Ländern, in denen der Talanx-Konzern tätig ist, haben weitreichende Kompetenzen und Eingriffsbefugnisse. Die

Beachtung dieser Regelungen und Anforderungen sowie die fortlaufende Anpassung des Geschäfts und der Produkte des Konzerns an etwaige Neuerungen sind mit erheblichem Aufwand verbunden.

Weltweit ist unverändert eine Tendenz zur weiteren und teils recht unübersichtlichen Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Versicherungsunternehmen zu beobachten. Besonders im Fokus stehen dabei die sogenannten systemrelevanten Versicherungsgruppen, die zukünftig mit erheblich höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen rechnen müssen, insbesondere im Hinblick auf ihre Kapitalausstattung. Die Talanx-Gruppe wurde bisher nicht als global systemrelevant eingestuft.

Die zwischenzeitlich zum 1. Januar 2014 geplante Anwendung von Solvency II verschiebt sich um weitere zwei Jahre. Geplante Anpassungen durch die Omnibus-II-Richtlinie konnten im Berichtsjahr nur verzögert umgesetzt werden. In der zweiten Jahreshälfte wurden die Trilog-Verhandlungen zu diesem Thema wieder aufgenommen, sodass die Verhandlungsführer der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Ministerrates erst am 13. November 2013 eine diesbezügliche Einigung erzielen; geplanter Starttermin für Solvency II ist nunmehr der 1. Januar 2016. Unternehmen können ab April 2015 die Genehmigung eines internen Modells beantragen, damit diese zum 1. Januar 2016 erteilt werden kann. Die Talanx-Gruppe entwickelt derzeit ein internes Gruppenmodell und befindet sich diesbezüglich in der sogenannten Vorantragsphase. Dieses selbstentwickelte interne Risikomodell soll anstelle der in der Solvency-II-Richtlinie alternativ enthaltenen sogenannten Standardformel verwendet werden, um die Solvenzkapitalanforderungen für den Talanx-Konzern mit einem höheren Präzisionsgrad und möglichst treffsicherer Reflexion wirtschaftlicher und rechtlicher Realitäten zu errechnen.

Nach dem vorläufigen Scheitern einer europaweiten oder auf die Euro-Länder begrenzten Einführung einer Finanztransaktionssteuer stimmte der Rat der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister am 22. Januar 2013 der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in elf Staaten (Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien) zu; Beratungen zur Umsetzung der Richtlinie liefen an. Angesichts der Vereinbarungen im CDU/CSU-SPD-Koalitionsvertrag ist eine Einführung in Deutschland damit sehr wahrscheinlich, entweder als Bestandteil einer europäischen oder einer nationalen Lösung.

BGH-Urteil zu Rückkaufswerten

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat im Jahr 2013 seine Rechtsprechung zur Berechnung der Rückkaufswerte und der beitragsfreien Leistungen präzisiert und fortentwickelt. Diese neue Rechtsprechung macht für die betroffenen Bestände bei bereits zurückgekauft-

ten Verträgen eine Nachregulierung und bei bereits beitragsfrei gestellten Verträgen eine Nachreservierung notwendig. Ebenso ist die zukünftige Regulierungspraxis entsprechend anzupassen.

Der EuGH hat am 19.12.2013 ein Urteil gesprochen, mit dem er von 1994 bis 2007 geltendes Recht für europarechtswidrig erklärt. Die in § 5a Abs. 4 Satz 2 VVG a.F. verankerte einjährige Ausschlussfrist für das Policenmodell ist dem Urteil zufolge mit europäischem Recht unvereinbar. Der EuGH begründet seine Entscheidung damit, dass eine Regelung wie § 5a Abs. 2 Satz 4 VVG a. F. der Verwirklichung eines grundlegenden Ziels der Lebensversicherungsrichtlinien zuwider laufe. Zweck der Richtlinien sei, dem Kunden vor Abschluss des Vertrages alle notwendigen Informationen zukommen zu lassen, zu denen auch eine korrekte Belehrung über das Widerspruchsrecht zähle. Zu den Rechtsfolgen hat der EuGH sich nicht geäußert. Es ist abzuwarten, welche konkreten Folgen sich hieraus für deutsche Versicherungsnehmer ergeben. Dies muss der BGH entscheiden, der den EuGH um seine Einschätzung gebeten hatte und das EuGH-Urteil nun umsetzen muss. An diesem BGH-Verfahren sind wir nicht beteiligt. Wann der BGH ein Urteil fällen wird, ist derzeit nicht absehbar.

Geschäftsverlauf und Lage

Themen des Berichtsjahres

Neugestaltung des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland

Im Jahr 2013 wurden Umstrukturierungs- und Optimierungsprozesse fortgesetzt, um zukünftigen Anforderungen von Kunden, Vertriebspartnern und des Finanzmarktes noch besser gerecht zu werden. Im Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland wurde die Neuausrichtung weiter fortgeführt. Ziel der Neuausrichtung sind die Modernisierung der Aufbau- und Ablauforganisation und eine deutliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen.

Vorbereitung auf die SEPA-Einführung

Die Einführung des SEPA-Zahlungsverkehrs zum geplanten Stichtag 1. Februar 2014 erforderte im Talanx-Konzern einen hohen Umstellungsaufwand, um sicherzustellen, dass der Zahlungsverkehr ab diesem Zeitpunkt reibungslos nach den dann gültigen Regularien funktioniert. In einem Konzernprojekt wurden ab September 2012 rund 100 Bestands-, Zahlungsverkehrs-, Angebots- und Vertriebssysteme SEPA-fähig gemacht, über 20 Millionen Bankverbindungen mit Mitarbeitern, Kunden und Geschäftspartnern auf IBAN/BIC umgestellt und mehr als 6 Millionen SEPA-Lastschriftmandate angelegt. Zum Jahresende 2013 wurde bereits der gesamte Exkasso-

Zahlungsverkehr, also Leistungs-, und Schadenzahlungen sowie Gehaltszahlungen und sonstige Zahlungen, bspw. Reisekosten, nach SEPA-Standard abgewickelt. Der Inkasso-Zahlungsverkehr erfolgte bereits zu über 95 % nach SEPA-Standard. Die letzten Umstellungen von kleineren Bestandteilen gab es im Januar 2014

Dank des Vorstands

Die Ergebnisse des vergangenen Geschäftsjahres sind wesentlich auf die Kompetenz und das außerordentliche Engagement der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für unsere Gesellschaft bedankt sich die Geschäftsleitung bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank gebührt auch dem Betriebsrat für die stets konstruktive und faire Zusammenarbeit.

Ertragslage

Neugeschäft

Die Neugeschäftsbeiträge unserer Gesellschaft sanken im Berichtsjahr deutlich um 18,8 % auf 4.233 (5.216) TEUR. Die laufenden Beiträge verminderten sich um 21,2 % auf 3.575 (4.538), während die Einmalbeiträge um 3,0 % auf 658 (678) TEUR nachgaben. Ebenfalls rückläufig war folglich das Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge zzgl. 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge) mit 3.641 (4.605) TEUR, wie auch die Beitragssumme des Neugeschäfts mit 70.055 (99.103) TEUR.

Versicherungsbestand

Die Jahresprämie aller am 31.12.2013 im Bestand unserer Gesellschaft befindlichen Versicherungen, die so genannte statistische Bestandsprämie, hat sich im Berichtsjahr um 3,8 % auf 112.179 (116.607) TEUR vermindert. Die Versicherungssumme sank um 2,1 % auf 3.263.585 (3.334.153) TEUR.

Eine ausführliche Erläuterung der Bewegung und der Struktur des Versicherungsbestandes wird in Anlage 1 zum Lagebericht auf den Seiten 18 bis 20 gegeben. Eine vollständige Darstellung der von unserer Gesellschaft betriebenen Versicherungsarten befindet sich in der Anlage 3 zum Lagebericht auf Seite 21.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge sanken um 9,1 % auf 108.846 (119.688) TEUR. Auch die verdienten Beiträge für eigene Rechnung lagen mit 107.342 (113.613) TEUR unter dem Vorjahresniveau. Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erreichten 3.926 (4.373) TEUR.

Leistungen

Die Bruttozahlungen für Versicherungsfälle stiegen im Berichtsjahr um 8,8 % auf 18.277 (16.799) TEUR. Unter Einbeziehung der Gewinnanteile an Versicherungsnehmer in Höhe von 1.254 (1.107) TEUR betragen die ausgezahlten Leistungen 19.530 (17.907) TEUR. Mit einem Anteil von 47,8 % betrafen diese Zahlungen überwiegend Abläufe in Höhe von 7.773 (5.624). Die Zahlungen für Rückkäufe beliefen sich auf 6.309 (7.191) TEUR. Für Renten wurde ein Betrag in Höhe von 1.556 (1.288) TEUR ausgezahlt. Todesfälle machten mit einem Anteil von 4,0 % den geringsten Teil der Leistungen aus.

Inklusive des Zuwachses der Leistungsverpflichtungen von 185.858 (143.780) TEUR beliefen sich die gesamten Leistungen zu Gunsten unserer Versicherungsnehmer im Berichtsjahr auf 203.391 (160.638) TEUR.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb sanken um 14,0 % auf 6.445 (7.497) TEUR.

Die Abschlussaufwendungen sanken im Vergleich zum Vorjahr von 4.533 TEUR auf 4.028 TEUR. Der Abschlusskostensatz (bezogen auf die Beitragssumme des Neugeschäfts) stieg dennoch aufgrund der deutlich niedrigeren Beitragssumme von 4,6 % auf 5,7 %.

Die Verwaltungsaufwendungen verminderten sich von 2.964 TEUR auf 2.417 TEUR. Der Verwaltungskostensatz sank dadurch auf 2,2 (2,5) %.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen (ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice)

Die laufenden Erträge, die vor allem aus den Kuponzahlungen der festverzinslichen Kapitalanlagen bestanden, beliefen sich im Berichtsjahr auf 42.882 (40.960) TEUR. Dem standen laufende Aufwendungen in Höhe von 1.643 (1.034) TEUR gegenüber. Aufgrund des gestiegenen Gesamtvolumens konnte das laufende Ergebnis trotz des zum Vorjahr niedrigeren Durchschnittskupons erhöht werden. Es betrug 41.239 (39.926) TEUR. Die laufende Durchschnittsverzinsung sank auf 3,7 (4,2) %.

Im Berichtsjahr wurden außerordentliche Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 60.078 (11.651) TEUR realisiert. Die umfangreichen Realisationen wurden vollständig zur Stärkung der Reserven verwendet. Die Abgangsgewinne in Höhe von 60.080 (12.589) TEUR resultierten maßgeblich aus Verkäufen festverzinslicher Kapitalanlagen am Markt sowie an eine Schwestergesellschaft.

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen waren lediglich in Höhe von 2 (937) TEUR zu verzeichnen. Die außerordentlichen Abschreibungen beliefen sich auf 0 (106) TEUR, Zuschreibungen wurden i.H.v. 29 (168) TEUR vorgenommen. Insgesamt war ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 60.107 (11.713) TEUR auszuweisen. Die Staatsschuldenkrise hatte keine Auswirkungen auf das Ergebnis.

Das Kapitalanlageergebnis belief sich insgesamt auf 101.345 (51.640) TEUR. Im Berichtsjahr wurde eine Nettoverzinsung von 9,1 (5,4) % erreicht.

Rohüberschuss und Überschussverwendung

Der Rohüberschuss beinhaltet die Gewinne, die über die Mindestverzinsung der gewinnberechtigten Versichertenguthaben hinaus erwirtschaftet worden sind. Unsere Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2013 einen Rohüberschuss von 20.344 (14.942) TEUR. Dabei hat das Kostenergebnis nach dem Kapitalanlageergebnis als zweitgrößte Gewinnquelle zu diesem Überschuss beigetragen.

Den Rohüberschuss haben wir vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zugeführt.

Die Gesamtverzinsung der Kundenguthaben (einschließlich Schlussgewinnanteile) beträgt 3,00 (3,25) % bei den wesentlichen für den Verkauf offenen Tarifen. Die für den gesamten Bestand ab 2014 gültigen Gewinnanteilsätze sind auf den Seiten 45 bis 49 dieses Berichts im Detail dargestellt.

Nach Zuführung und Entnahme beträgt die RfB zum Ende des Berichtsjahres 55.363 TEUR.

Finanzlage

Das Eigenkapital betrug unverändert zum Vorjahr:

Eigenkapital

	2013
TEUR	
Gezeichnetes Kapital	4.000
Kapitalrücklage	20.311
Gewinnrücklagen	5.137
Summe	29.448

Liquiditätslage

Die Liquidität unserer Gesellschaft war zu jeder Zeit gesichert. Zum Bilanzstichtag waren liquide Mittel in Form von Einlagen und laufenden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 18.471 (15.475) TEUR verfügbar.

Vermögenslage

Kapitalanlagen

Entwicklung der Kapitalanlagen¹⁾ im Detail

	31.12.2013	31.12.2012	Änderung
TEUR			
Anteile an verbundenen Unternehmen	606	6	600
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	8.622	3.724	4.898
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34.011	33.669	342
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	596.324	314.820	281.503
Sonstige Ausleihungen	551.678	655.734	-104.056
Einlagen bei Kreditinstituten	17.200	13.800	3.400
Summe	1.208.440	1.021.753	186.687

1) ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Das Volumen der Kapitalanlagen der Gesellschaft stieg 2013 um 186.687 TEUR und betrug zum Jahresende 1.208.440 (1.021.753) TEUR. Die Kapitalanlagen wurden vorrangig in direkt gehaltene festverzinsliche Kapitalanlagen investiert. Deren Anteil lag wie bereits im Vorjahr bei 95,0 % der gesamten Kapitalanlagen. Investitionen erfolgten vor allem in Inhaberschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen guter Bonität sowie in Covered Bonds. Das durchschnittliche Rating der festverzinslichen Kapitalanlagen lag zum Bilanzstichtag unverändert bei A+. Die Aktienquote blieb konstant bei 0,3 %.

Die Marktwerte der Kapitalanlagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1.235.039 (1.158.256) TEUR. Die Bewertungsreserven sanken auf 26.599 (136.503) TEUR

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Der entsprechende Kapitalanlagebestand belief sich zum Bilanzstichtag auf 51.378 (42.893) TEUR und verzeichnete damit einen Zuwachs von 19,8 %.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Unternehmensleitung der HDI Pensionskasse AG bewertet den Geschäftsverlauf des Berichtsjahres vor dem Hintergrund des unverändert schwierigen branchenspezifischen Umfelds als herausfordernd: Die Gesellschaft konnte aufgrund des rückläufigen Neugeschäfts die Bruttobeiträge nicht mehr auf Vorjahresniveau halten. Die Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses ist angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase zufriedenstellend, wurde jedoch durch umfangreiche Realisationen geprägt, die vollständig zur Stärkung der Reserven verwendet wurden. Infolgedessen konnte ein nur noch ausgeglichenes Jahresergebnis gezeigt werden. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als stabil zu beurteilen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem vom Vorstand nach § 312 AktG zu erstellenden Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde abschließend erklärt, dass unsere Gesellschaft nach den Umständen, die ihr in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft mit einem verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen lagen im Berichtsjahr nicht vor.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unserer Gesellschaft nachhaltig beeinflussen würden.

Risikobericht

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die etablierten Risikomanagementsysteme und Kontrollinstanzen stellen eine frühzeitige Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken sicher, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben können. Im aktuellen Kapitalmarktumfeld liegt für die deutschen Pensionskassen angesichts der ausgeprägt langen Fristigkeiten ihrer Verpflichtungen auf den Risiken eines nachhaltig niedrigen Zinsniveaus besondere Aufmerksamkeit. Aus diesem Grund hat die Gesellschaft im Berichtsjahr eine erneute deutliche Stärkung der Deckungsrückstellung durch das vorgezogene Stellen einer Zinszusatzreserve durchgeführt. Die Gesellschaft hat dazu bei der Aufsichtsbehörde eine erhebliche Sen-

kung des Referenzzinssatzes zur Berechnung der Zinszusatzreserve für den Altbestand auf den Wert von 2,75 % zum 31.12.2013 beantragt und die entsprechende Genehmigung erhalten. Die Finanzierung der Reservestärkung erfolgte über die Realisierung großer Teile der vorhandenen Bewertungsreserven in der erforderlichen Höhe.

Vor dem Hintergrund anhaltend niedriger Zinsen hat die Aufsichtsbehörde von allen deutschen Pensionskassen Prognoserechnungen zum Stichtag 30.9.2013 eingefordert, in denen die Auswirkungen des Niedrigzinsumfeldes auf Basis eines branchenweit einheitlich vorgegebenen Niedrigzinsszenarios und zusätzlich unter Zugrundelegung der individuellen Unternehmensplanung für den 5-Jahres-Zeitraum von 2013 bis 2017 zu analysieren waren. Für jedes Jahr dieser Projektion, insbesondere auch im Berichtsjahr, und für beide betrachteten Szenarien überdecken die dann vorhandenen Eigenmittel der Gesellschaft das Solvabilitätssoll und erfüllen damit die aktuellen aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Dabei ist unterstellt, dass im Planungszeitraum externe Kapitaleinschüsse nur insoweit erfolgen, wie sich in diesem Zeitraum die Solvabilitätsspanne durch das Wachstum der Deckungsrückstellung erhöht. Verluste traten für beide Szenarien in keinem Jahr dieser Projektion auf.

Insgesamt sieht sich die Gesellschaft derzeit in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Versicherungsverträgen dauerhaft zu erfüllen. Bestandsgefährdende Risiken, das heißt wesentliche Risiken mit existenziellem Verlustpotenzial für die Gesellschaft, zeichnen sich anhand dieser aktuellen Erkenntnisse nicht ab.

Den Risiken aus dem niedrigen Zinsniveau ist die Gesellschaft mit einer sehr frühzeitigen Stärkung der Reserven in Form der aufsichtsbehördlich genehmigten Zinszusatzreserve begegnet. Weitere kompensierende Maßnahmen werden laufend erarbeitet, etwa zur Sicherung ausreichend hoher nachhaltiger Zinserträge, zur Reduktion der Kosten sowie zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung.

Bei einem Niedrigzinzniveau, das wesentlich länger anhält oder deutlich niedriger ausfällt als in den Niedrigzinsszenarios unterstellt, können die dann höher als erwartet ausfallenden Aufwände für die Zinszusatzreserve und für die Beteiligung ausscheidender Versicherungsnehmer an den vorhandenen Bewertungsreserven zu einer starken Belastung für die Ertrags- und Solvenzlage der Gesellschaft führen, die nach derzeitiger Einschätzung in den Folgejahren eine Stärkung der Eigenmittel erfordern könnte.

Grundlagen des Risikomanagements

Das Risikomanagement der Gesellschaft erfüllt die Anforderungen des deutschen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), dem zufolge sich die Unternehmensleitung

einer Aktiengesellschaft verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“ (§ 91 Abs. 2 AktG).

Darüber hinaus werden die Regelungen der §§ 64a und 55c VAG berücksichtigt.

Mit dem vorliegenden Bericht kommt die Gesellschaft ihrer Verpflichtung zu einer Berichterstattung über die Risiken der künftigen Entwicklung (§ 289 Abs. 1 HGB) nach.

Durch die frühzeitige Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement in deutschen Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) und die intensive Begleitung der Entwicklungen zu Solvency II hat die Gesellschaft eine angemessene Vorbereitung auf zukünftige Regulierungsanforderungen sichergestellt.

Risikomanagementsystem

Basis des Risikomanagements ist die durch den Vorstand verabschiedete Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. Sie ist verbindlicher, integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Zur Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie bedient sich die Gesellschaft eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems. Das Risikoverständnis ist ganzheitlich, d.h. es umfasst Chancen und Risiken, wobei der Fokus der Betrachtungen auf negativen Zielabweichungen, d.h. Risiken im engeren Sinn liegt.

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement des Geschäftsbereichs Talanx Deutschland sowie des Konzerns eingegliedert und berücksichtigt die Konzernrichtlinien. Zur Quantifizierung von Risiken wird ein Risikokapitalmodell eingesetzt. Der betrachtete Zeithorizont des Modells beträgt ein Kalenderjahr.

Darüber hinaus wird auf Konzernebene an der Einführung stochastischer Risikokapitalmodelle gearbeitet. In diese Aktivitäten ist die Gesellschaft eingebunden. Es wird – im Sinne von Solvency II – ein Internes Modell entwickelt, welches das Vermögen und die Verbindlichkeiten nach dem Fair-Value-Prinzip unter Berücksichtigung von Markteinflüssen abbildet.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird laufend weiterentwickelt und damit den jeweiligen sachlichen und gesetzlichen Erfordernissen sowie den Konzernvorgaben angepasst. Insbesondere werden Reputationsrisiken und zukünftige Risiken (Emerging Risks) regelmäßig in systematischer Form identifiziert, ihre Relevanz ermittelt und ihr Risikopotenzial bewertet. Das Risikomanagementsystem

ist mit dem zentralen Steuerungssystem der Gesellschaft eng verzahnt.

Die Bewertung der wesentlichen versicherungstechnischen Risiken, Kapitalanlagerisiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen sowie operationellen und externen Risiken der Gesellschaft erfolgt regelmäßig mit Hilfe eines Risikokapitalmodells. Dabei werden diese Risiken systematisch analysiert und mit Risikokapital hinterlegt. Zusätzlich werden wesentliche, sich aus Zielabweichungen ergebende strategische Risiken betrachtet. Alle erfassten Risiken werden durch ein Limit- und Schwellenwertsystem überwacht und durch abgestimmte Maßnahmen gesteuert. Der Vorstand der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung vom Risikomanagement regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Bei akuten Risiken ist eine Sofortberichterstattung an den Vorstand gewährleistet.

Im Kapitalanlagebereich umfasst das Risikomanagementsystem spezifische Instrumentarien zur laufenden Überwachung aktueller Risikopositionen und der Risikotragfähigkeit. Sämtliche Kapitalanlagen stehen unter ständiger Beobachtung und Analyse durch den Geschäftsbereich Kapitalanlagen und das operative Kapitalanlagecontrolling. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Stresstests werden die Auswirkungen von Kapitalmarktschwankungen simuliert und bei Bedarf darauf frühzeitig reagiert. Darüber hinaus stellt eine umfangreiche Berichterstattung die erforderliche Transparenz aller die Kapitalanlagen betreffenden Entwicklungen sicher. Für Handels- und Abwicklungstätigkeiten im Kapitalanlagebereich bedient sich die Gesellschaft der Dienstleistung der Talanx Asset Management GmbH.

Risikoorganisation

Die Aufbauorganisation im Risikomanagement bei der Gesellschaft gewährleistet eine Funktionstrennung zwischen aktiver Risikoübernahme und unabhängiger Risikoüberwachung. Zentrale Organe sind der Gesamtvorstand der Gesellschaft, die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), die Risikoverantwortlichen sowie die Interne Revision, deren Aufgabe von der Konzernrevision wahrgenommen wird.

Der Gesamtvorstand trägt die nicht delegierbare Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Gesellschaft. Er legt die Risikostrategie fest und trifft hieraus abgeleitete wesentliche Risikomanagemententscheidungen.

Die unabhängige Risikoüberwachung wird von einer organisatorischen Einheit innerhalb der Talanx Deutschland AG unter Leitung des Chief Risk Officer (CRO) wahrgenommen. Dadurch wird Know-how gebündelt und eine effiziente Nutzung der Ressourcen sichergestellt.

Die Unabhängige Risikocontrollingfunktion ist primär für die Identifikation, Bewertung und Analyse des Risikoprofils sowie für die Überwachung von Limiten und Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene zuständig. Diese Aufgabe wird durch den CRO, das Risikomanagement und das Risikokomitee der Talanx Deutschland AG wahrgenommen. Das Risikokomitee spricht dabei Empfehlungen an den Gesamtvorstand aus.

Risikoverantwortliche sind in der Regel leitende Angestellte, die für die Identifikation und Bewertung der wesentlichen Risiken ihres Verantwortungsbereiches zuständig sind. Zudem sind sie verantwortlich für Vorschläge zur Risikominderung und für die Umsetzung geeigneter Risikomaßnahmen. Der Austausch von Erkenntnissen zwischen Risikoverantwortlichen und Unabhängiger Risikocontrollingfunktion findet im Rahmen von regelmäßigen Risikosteuerungskreis-Sitzungen statt.

Die Interne Revision ist für die prozessunabhängige Prüfung der Geschäftsbereiche, insbesondere des Risikomanagements, verantwortlich. Die Leitung der Internen Revision ist zum Zwecke der Diskussion risikorelevanter Themen als Gast im Risikokomitee vertreten.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit einer Geschäftsorganisation, welche die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewährleistet, ist die Gesellschaft in die Compliance-Organisation der Talanx AG eingebunden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risikolage der Gesellschaft wird anhand der nachfolgend beschriebenen Risikokategorien erörtert, die sich am Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 20 orientieren.

Versicherungstechnische Risiken

Biometrische Risiken

Das biometrische Risiko wird in ein Schwankungsrisiko sowie in ein Kumul-, Trend- und Änderungsrisiko unterschieden. Das Schwankungsrisiko ist das Risiko der zufälligen Abweichung der Häufigkeit der Leistungsfälle von den biometrischen Wahrscheinlichkeiten. Das Kumulrisiko bezeichnet das gleichzeitige Auftreten vieler Schadenfälle, die durch ein Ereignis ausgelöst sind. Das Trend- und Änderungsrisiko bezeichnet das Risiko einer Fehleinschätzung der biometrischen Wahrscheinlichkeiten bei der Berechnung der Prämien.

Biometrischen Risiken wird insbesondere durch vorsichtige Annahmen in der Kalkulation begegnet.

Bei der Gesellschaft wird das Portfolio gegen das Schwankungs-, das Kumul- und das Änderungsrisiko durch Rückversicherungen gedeckt. Die Schadenhäufigkeit wird laufend in eigens für diesen Zweck gebildeten Risikoklassen überprüft. Die gebildeten Kollektive sind hinreichend groß und die eingesetzten mathematisch-statistischen Verfahren präzise genug, um signifikante Abweichungen von der Norm zuverlässig bestimmen und lokalisieren zu können.

Das Trendrisiko kontrolliert die Gesellschaft durch aktuarielle Analysen. Die Beurteilung des Langlebighkeitsrisikos ist für die Deckungsrückstellung in der Rentenversicherung von besonderer Bedeutung und wird demzufolge laufend beobachtet. Es werden entsprechend der Empfehlung der DAV die in den Sterbetafeln enthaltenen Sicherheitsmargen gestärkt. Diese empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen oder neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen.

Stornorisiken

Das Stornorisiko bezeichnet das Risiko, dass im Stornofall für Versicherungsleistungen nicht ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen und hierdurch ungeplante Verluste durch eine Auflösung und Veräußerung von Kapitalanlagen realisiert werden.

Kostenrisiken

Das Kostenrisiko resultiert aus der Gefahr, dass die tatsächlichen Kosten die kalkulierten Kosten übersteigen oder nicht rechtzeitig genug an veränderte Geschäftsvolumina angepasst werden können.

Der Kostenverlauf wird durch Betriebskosten und Provisionen bestimmt, denen Kostenzuschläge in den Beiträgen gegenüberstehen. Die Beitragszuschläge sind so bemessen, dass auch eine temporäre, unvorhergesehene Kostenprogression verkraftet werden kann und Betriebskosten und Provisionen langfristig gedeckt sind. Die Produktkalkulation stützt sich auf eine tief gegliederte Kostenrechnung; eine Grenzkostenrechnung bleibt hierbei bewusst außer Ansatz. Provisionen werden nur nach Maßgabe der Prämienkalkulation und nur unter Verwendung von stringenten Stornoregelungen gewährt.

Zinsgarantierisiken

Die bei Vertragsabschluss von bestimmten Produkten garantierte Mindestverzinsung muss dauerhaft erwirtschaftet werden. Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass Neuanlagen in Niedrigzinsphasen möglicherweise den garantierten Zins nicht erzielen werden.

Durch regelmäßig durchgeführte Analysen zum Asset-Liability-Management und zur strategischen Asset Allocation überzeugt sich die Gesellschaft, dass die erwartete Rendite ihrer Kapitalanlagen kurz-,

mittel- und langfristig über der zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden erforderlichen Mindestverzinsung liegt. Die Asset- und Liability-Positionen des Unternehmens werden von einem Asset-Liability-Committee überwacht und so gesteuert, dass die Vermögensanlagen den Verbindlichkeiten und dem Risikoprofil des Unternehmens angemessen sind und die Bedeckung der Verpflichtungen grundsätzlich sichergestellt ist.

Vor dem Hintergrund anhaltend niedriger Zinsen hat die Aufsichtsbehörde von allen deutschen Pensionskassen Prognoserechnungen zum Stichtag 30.9.2013 eingefordert, in denen die Auswirkungen des Niedrigzinsumfeldes auf Basis eines branchenweit einheitlich vorgegebenen Niedrigzinsszenarios und zusätzlich unter Zugrundelegung der individuellen Unternehmensplanung für den 5-Jahres-Zeitraum von 2013 bis 2017 zu analysieren waren. Für jedes Jahr dieser Projektion, insbesondere auch im Berichtsjahr, und für beide betrachteten Szenarien überdecken die dann vorhandenen Eigenmittel der Gesellschaft das Solvabilitätssoll und erfüllen damit die aktuellen aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen.

Dabei ist unterstellt, dass im Planungszeitraum externe Kapitaleinschüsse nur insoweit erfolgen, wie sich in diesem Zeitraum die Solvabilitätsspanne durch das Wachstum der Deckungsrückstellung erhöht. Verluste traten für beide Szenarien in keinem Jahr dieser Projektion auf.

Den Risiken aus dem niedrigen Zinsniveau ist die Gesellschaft mit einer sehr frühzeitigen Stärkung der Reserven in Form der aufsichtsbehördlich genehmigten Zinszusatzreserve begegnet. Weitere kompensierende Maßnahmen werden laufend erarbeitet, etwa zur Sicherung ausreichend hoher nachhaltiger Zinserträge, zur Reduktion der Kosten sowie zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung.

Reserverisiken

Das Reserverisiko besteht in der Gefahr einer ungenügenden Höhe an versicherungstechnischen Rückstellungen. Diese dienen der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit aller aus den Versicherungsverträgen resultierenden Verpflichtungen des Unternehmens.

Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die für die Berechnung der Rückstellung verwendeten Rechnungsgrundlagen dem Änderungsrisiko Rechnung tragen. Der Verantwortliche Aktuar der Gesellschaft hat nach § 11a VAG bescheinigt, dass die bei der Bewertung der Deckungsrückstellungen verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessene Sicherheitsspannen enthalten. Der Treuhänder der Gesellschaft hat laut § 73 VAG bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Zur Erhöhung der Sicherheitsmargen im aktuellen Niedrigzinsumfeld hat die Gesellschaft im Jahr 2013 für Rentenversicherungen mit 3,25 % Rechnungszins eine geschäftsplanmäßig genehmigte Reservestärkung nach der Methode des § 5 Abs. 4 DeckRV mit einem Rechnungszinssatz von 2,75 % vorgenommen. Dieser Rechnungszins liegt deutlich unter dem Referenzzins von 3,41 %. Daher wird mittelfristig nicht mit dem Zwang zu einer weitergehenden Reservestärkung gerechnet. Die in 2013 erfolgte Reservestärkung wurde durch die Realisierung von Bewertungsreserven finanziert. Die dazu notwendige Veräußerung von Kapitalanlagen wurde im 2. Halbjahr 2013 durchgeführt.

Zukünftig würde ein besonders hoher Aufwand für die Erhöhung der Zinszusatzreserve anfallen, falls sich ein Niedrigzinsniveau realisieren sollte, das wesentlich länger anhält oder deutlich niedriger ausfällt als in denjenigen Niedrigzinsszenarios, die schon im Abschnitt Zinsgarantierisiken erwähnt und von der Aufsichtsbehörde eingefordert wurden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern

Das Forderungsausfallrisiko gegenüber Versicherungsvermittlern besteht grundsätzlich in der Möglichkeit, dass im Falle von (vermehrten) Kündigungen durch Versicherungsnehmer Provisionsrückforderungen nicht in gleicher Höhe geltend gemacht werden können.

In der Lebensversicherung besteht das Risiko von Forderungsausfällen im Wesentlichen gegenüber Versicherungsvermittlern. Die Bonität der Vermittler überwacht die Gesellschaft intensiv mit Hilfe eines detaillierten Kontrollsystems.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern

Beim Forderungsausfallrisiko gegenüber (Retro-)Zessionaren handelt es sich um die Möglichkeit des Ausfalls von Anteilen der Rückversicherer an versicherungstechnischen Passiva abzüglich Kreditbriefen und Rückversicherungsdepots.

Der Ausfall von Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft ist aufgrund der sehr guten Ratings der Rückversicherungspartner nur ein geringes Risiko.

Risiken aus Kapitalanlagen

Marktrisiken

Das Marktrisiko resultiert aus der Möglichkeit, dass nachteilige Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern

Verluste hervorrufen. Es umfasst – in Einflussfaktoren zerlegt – vor allem das Zinsänderungsrisiko, das Aktienkursänderungsrisiko sowie das Währungsrisiko.

Derivatgeschäfte zur Ertragsvermehrung, Erwerbsvorbereitung und Absicherung von Beständen sowie Geschäfte mit strukturierten Produkten werden im Rahmen der Rundschreiben des Bundesaufsichtsamts für Versicherungswesen (R 3/1999 und R 3/2000), der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (R 4/2011 [VA]) und der internen Richtlinien der Gesellschaft abgeschlossen. Derivatpositionen und -transaktionen werden im Reporting detailliert aufgeführt. Auf der einen Seite sind Derivate wegen ihrer sehr niedrigen Transaktionskosten und ihrer sehr hohen Marktliquidität und -transparenz effiziente und flexible Instrumente zur Portfoliosteuerung. Auf der anderen Seite gehen mit dem Einsatz von Derivaten auch zusätzliche Risiken, wie z. B. Basisrisiko, Kurvenrisiko und Spread-Risiko, einher, die detailliert überwacht und zielgerecht gesteuert werden.

Die Gesellschaft verfügt über detaillierte Kapitalanlagerichtlinien, die das Anlageuniversum, besondere Qualitätsmerkmale, Emittentenlimite und Anlagegrenzen festlegen. Diese orientieren sich an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen des § 54 VAG, sodass eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht wird. Bei derivativen Finanzinstrumenten und strukturierten Produkten beachtet die Gesellschaft die zur Vermeidung von Fehlentwicklungen von der Aufsichtsbehörde und vom GDV erarbeiteten Grundsätze. Zudem wird eine klare Funktionstrennung zwischen operativer Steuerung des Kapitalanlagerisikos und Risikocontrolling sichergestellt.

Das Aktienkursänderungsrisiko besitzt aufgrund der niedrigen Aktienquote der Gesellschaft nur ein begrenztes Gefahrenpotenzial. Das Zinsänderungsrisiko besteht primär im Rückgang des Kapitalmarktzinses und begründet sich in der Differenz der modifizierten Durationen zwischen Aktiv- und Passivseite der Bilanz. Das Währungsrisiko spielt aufgrund der Kapitalanlage fast ausschließlich in Euro nur eine untergeordnete Rolle. Das Marktpreisrisiko Immobilien wird laufend beobachtet und intensiv analysiert. Diese Risiken werden neben anderen Risikofeldern regelmäßig mit Hilfe des eingesetzten Risikokapitalmodells quantifiziert und auf Basis des Limit- und Schwellensystems aktiv überwacht.

Zur Absicherung des Wiederanlagerisikos werden im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Quoten regelmäßige Vorkäufe durchgeführt. Im Berichtsjahr wurde ein weiterer Vorkauf zu diesem Zweck eingesetzt.

Strukturierte Produkte waren zum 31.12.2013 mit einem Gesamtwert von 189,9 Mio. EUR im Bestand.

Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr erneut im Rahmen des BaFin-Stresstests überprüft, den die Gesellschaft in allen Szenarien bestanden hat.

Bonitäts-/Kreditrisiken

Bonitätsrisiken bestehen im möglichen Wertverlust von Kapitalanlagen aufgrund des Ausfalls eines Schuldners oder einer Änderung in seiner Zahlungsfähigkeit.

Dieses Risiko hat sich im Zuge der globalen Finanzmarktsituation prinzipiell erhöht. Die Gesellschaft führt regelmäßig Bonitätsprüfungen der vorhandenen Schuldner durch.

Bonitätsrisiken unter Investmentgrade werden grundsätzlich nicht eingegangen.

Zur Steuerung des Ausfall- bzw. Bonitätsrisikos werden Ratingkategorien und Sicherungsinstrumente berücksichtigt. Die Bonität der Schuldner wird laufend überwacht. Wesentlicher Anhaltspunkt für die Investitionsentscheidung durch das Portfolio-Management sind die durch externe Agenturen wie Standard & Poor's oder Moody's vergebenen Ratingklassen.

Die Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen sowie das Bonitätsrisiko auf der Basis der Szenarien des Risikomodells stellen sich bei der Bewertung der Fonds auf Einzeltitelbasis wie folgt dar:

Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen ¹⁾ sowie Bonitätsrisiko auf Basis des eingesetzten Risikokapitalmodells

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %	Risiko- faktor %	Risiko Mio. EUR
AAA	360,5	29,7	0,0	0,0
AA	544,6	44,9	0,3	1,5
A	155,2	12,8	3,3	5,1
BBB	137,0	11,3	6,6	9,0
< BBB	16,2	1,3	15,5	2,5
Emittentenrisiko	1.213,4	100,0		18,1

1) ohne Kapitalanlagen aus fremdgeführtem Konsortialgeschäft, inkl. Rentenfonds

Grundsätzlich hat die Finanzmarktkrise die Grenzen einer Modellbetrachtung unter Zuhilfenahme von Rating-Einstufungen aufgezeigt. Im Modell wird das Emittentenrisiko vor dem Hintergrund der getroffenen Annahmen und der gesetzten Parameter als beherrschbar eingestuft; in der Realität könnte der Ausfall einer Adresse ggf. gravierende Konsequenzen haben. Insofern darf sich die Risikoanalyse und -steuerung nicht allein auf die Modellbetrachtung beschränken. Diesem Aspekt wird im Asset-Liability-Committee Rechnung getragen. Zusätzlich werden als Risikosteuerungsmaßnahme Limite sowohl für Einzelemittenten wie auch für Anlageklassen eingezogen.

Die festverzinslichen Kapitalanlagen gliedern sich nach Art der Emittenten wie folgt:

Gliederung der festverzinslichen Kapitalanlagen ¹⁾ nach Art der Emittenten

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %
Staats- und Kommunalanleihen	596,0	49,1
Gedekte Schuldverschreibungen	337,7	27,8
Industrieanleihen	62,0	5,1
Erstrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	184,9	15,2
Nachrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	23,9	2,0
Verbundene Unternehmen	9,0	0,7
Summe	1.213,4	100,0

1) ohne Kapitalanlagen aus fremdgeführtem Konsortialgeschäft, inkl. Rentenfonds

In der aktuellen Marktphase wird besonderes Augenmerk auf das Exposure bei Banken gelegt, vor allem soweit es sich um nachrangig besicherte Anleihen handelt. Zudem werden Staatsanleihen (inkl. Kommunalanleihen) und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere aus europäischen Ländern mit überdurchschnittlich hoher Staatsverschuldung betrachtet.

Grundsätzlich besteht für die Staatsanleihen und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere der Euro-Peripherie ein erhöhtes Risiko für den Ausfall der Rückzahlung. Aufgrund der sicherheitsorientierten Anlagepolitik der Gesellschaft sind das Engagement in sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) und die daraus resultierenden Risiken überschaubar und die Auswirkungen auf die Nettoverzinsung beim teilweisen Ausfall einzelner Emittenten gering. Die Risiken sind bei der Beurteilung der Kapitalanlagen bereits berücksichtigt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – bei nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Jederzeit ausreichende Liquidität stellt die Gesellschaft durch die Abstimmung zwischen Kapitalanlagebestand und Versicherungsverpflichtungen sowie die Planung ihrer Zahlungsströme sicher.

Operationale Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten.

Risiken aus Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen

Aus gesetzlichen Änderungen oder höchstrichterlicher Rechtsprechung können sich finanzielle Risiken und Reputationsrisiken ergeben. Aktuell besonders beobachtet werden die Pläne zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene sowie die Konsequenzen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Europarechtswidrigkeit der einjährigen Widerspruchsfrist in zwischen 1994 bis 2007 nach dem so genannten Policenmodell abgeschlossenen Verträgen. Die höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Umgang mit Zillmerung und Stornoabschlägen wird vom Unternehmen umgesetzt, die weiteren Entwicklungen werden beobachtet. Für die Zukunft können konkrete Auswirkungen etwaiger nachteiliger Entscheidungen noch nicht abgeschätzt werden, die Themen werden jedoch kontinuierlich analysiert.

Auch weitere mögliche Entwicklungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder gesetzliche Änderungen, insbesondere gesellschaftsrechtlicher, produktrechtlicher oder steuerlicher Natur, werden eng überwacht.

Infrastrukturrisiken

Dem Risiko des Ausfalls wesentlicher Teile oder des Totalausfalls der Infrastruktur wird vor allem im IT-Bereich eine hohe Bedeutung zuteil. Sicherheit im IT-Bereich wird bei der Gesellschaft durch Zugangskontrollen, Zugriffsberechtigungssysteme und Sicherungssysteme für Programme und Datenhaltung gewährleistet.

Der Notfallvorsorge wird mittels eines Notfallhandbuchs, der Durchführung von Business-Impact-Analysen zur Ermittlung der Kritikalität von Geschäftsprozessen, der Einrichtung eines Krisenstabs und Notfallteams Rechnung getragen.

Risiken im Vertrieb sowie in der Verwaltung von Versicherungsverträgen

Vertriebliche Risiken werden gerade auch im Hinblick auf den GDV-Vertriebskodex regelmäßig überwacht. Dem Risiko von Fehlentwicklungen in der Verwaltung und von dolosen Handlungen begegnet die Gesellschaft durch Regelungen und interne Kontrollen in den Fachbereichen. So unterliegen Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen strengen Vollmachts- und Berechtigungsregelungen. Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bei wichtigen Entscheidungen und Stichproben bei serienhaften Geschäftsvorfällen erschweren dolose Handlungen. Darüber hinaus prüft die Interne Revision unternehmensweit Systeme, Prozesse und Einzelfälle.

Sonstige wesentliche Risiken

Strategische Risiken

Strategische Risiken ergeben sich aus der Gefahr eines Missverhältnisses zwischen der Geschäftsstrategie und den sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen des Unternehmensumfelds. Ursachen für ein solches Ungleichgewicht können z. B. falsche strategische Grundsatzentscheidungen oder eine inkonsequente Umsetzung der festgelegten Strategien sein.

Die Gesellschaft überprüft deshalb jährlich ihre Unternehmens- und Risikostrategie und passt Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Risiken aus der Ausgliederung von Funktionen und Dienstleistungen

Ausgliederungen von Funktionen und Dienstleistungen erfolgen unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben sowie entsprechender interner Richtlinien. Dabei wird durch geeignete vertragliche Vereinbarungen sowie durch den Einsatz von Instrumenten zur laufenden Überwachung und Beurteilung der Qualität der durchgeführten Dienstleistungen sichergestellt, dass die Gesellschaft ihrer Steuerungs- und Kontrollfunktion nachkommen kann.

Prognose- und Chancenbericht

Unsere nachstehenden Ausführungen stützen sich auf fundierte Experteneinschätzungen Dritter sowie auf die von uns als schlüssig erachteten Planungen und Prognosen; dennoch handelt es sich um unsere subjektive Einschätzung. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächlichen Entwicklungen von der hier wiedergegebenen erwarteten Entwicklung abweichen werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Eurozone scheint die Rezession überwunden zu haben, die wirtschaftliche Lage im Euroraum hat sich spürbar entspannt – ein Beleg dafür, dass die von den südlichen Krisenländern vorangetriebene Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen und die dortigen Arbeitsmarktreformen wirken. Das Vertrauen in die Wirtschaft der Eurozone kehrt zurück, die realwirtschaftliche Entwicklung dürfte folgen. Die Stimmungsaufhellung beruht auf einem zunehmend stabilen makroökonomischen Fundament: Die Leistungsbilanz der Eurozone zeigt erfreuliche strukturelle Verbesserungen – so sind vor allem Peripherieländer zu Nettoexporteuren geworden. Die tiefe Rezession in diesen Ländern infolge der strukturellen Anpassungen sollte nach und nach abklingen; der im Zuge starker finanzieller Einschnitte aufgebaute Konsumstau der privaten Haushalte dürfte sich langsam auflösen. Damit geht voraussichtlich auch ein steigendes Kreditvolumen einher. In der Summe erwarten wir für den Euroraum im Jahr 2014 ein moderates Wirtschaftswachstum.

Kapitalmärkte

Stabilere wirtschaftliche Rahmendaten lassen – in Kombination mit den verbleibenden politischen und ökonomischen Risiken – mittelfristig weiterhin niedrige Zinsen erwarten. Was die Zentralbanken betrifft, so ist für die Kernwährungen Euro, US-Dollar und britisches Pfund vorerst keine Abkehr von der expansiven Geldpolitik zu erwarten. Die Marktteilnehmer zeigen weiterhin eine geringe Risikofreude und ein großes Anlageinteresse an Papieren mit hohem Zinsaufschlag (Spreadprodukte).

Obwohl die Marktverfassung momentan sehr stabil wirkt und diverse politische Probleme gelöst oder verschoben wurden, ist eine endgültige Stabilisierung der allgemeinen Risikosituation noch nicht gelungen. Der Refinanzierungsbedarf vieler Länder wird hoch bleiben, sie werden daher voraussichtlich auch weiterhin in großem Umfang Staatsanleihen ausgeben. Wir erwarten mittelfristig moderat steigende Renditen, primär bei Papieren mit längeren Laufzeiten, und eine stabile Entwicklung der Risikoaufschläge.

Europäische und US-amerikanische Aktien sind bereits hoch bewertet, das Potenzial weiterer Kurssteigerungen daher begrenzt. Gleichwohl wird das Versprechen durch die Fed, die Leitzinsen auf ihrem niedrigen Niveau zu belassen, die Aktienmärkte auch im Jahr 2014 stützen und die Umschichtung von Anleihen in Aktien vorantreiben.

Künftige Branchensituation

Angesichts der bereits seit längerem bestehenden und auch 2014 andauernden konjunkturellen Risikofaktoren sind Prognosen generell mit einem Vorbehalt behaftet. Unter der Annahme, dass sich die

gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verschlechtern, sollte die Versicherungswirtschaft nach Einschätzung des GDV 2014 ein gegenüber dem Vorjahr rückläufiges Beitragswachstum von etwa 1,5 % erreichen.

Lebensversicherung

Nachdem das reale Beitragswachstum 2013 in der Lebensversicherung in Deutschland angezogen hat, erwarten wir für 2014 lediglich ein geringes Wachstum der Beiträge. Die anhaltend niedrigen Zinsen und ihre negativen Auswirkungen auf die Gesamtverzinsung dürften die Profitabilität der deutschen Lebensversicherer 2014 weiterhin belasten.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen

Demografischer Wandel in Deutschland

Ausgelöst durch den demografischen Wandel ist gegenwärtig die Entstehung von zwei Märkten mit hohem Entwicklungspotenzial zu beobachten: zum einen der Markt für Produkte für Senioren und zum anderen der für junge Kunden, die durch die abnehmenden Leistungen des Sozialsystems stärker eigenständig vorsorgen müssen. Schon heute ist festzustellen, dass Senioren nicht mehr mit dem „klassischen Rentner“ der Vergangenheit gleichzusetzen sind. Dies zeigt sich nicht nur in der steigenden Inanspruchnahme von Serviceleistungen, für die eine hohe Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft besteht. Der Wandel wird vor allem darin deutlich, dass diese Kundengruppe zunehmend aktiver ist und sich damit mehr mit absicherungsbedürftigen Risiken als die vorherigen Generationen auseinandersetzt. Für die Anbieterseite ist somit nicht genug damit getan, bestehende Produkte um Assistance-Leistungen zu erweitern, sondern es müssen neue Produkte konzipiert werden, um die neu entstehenden Bedürfnisse abzudecken. Gleichzeitig tritt das Thema der finanziellen Absicherung im Alter stärker ins Bewusstsein der jungen Kunden. Durch (staatlich geförderte) private Vorsorgeprodukte und attraktive Angebote der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersversorgung (bAV) kann dieses Potenzial bearbeitet werden. Gegenwärtig wird für diese Kundengruppe von einem Trend der verstärkten Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten, die eine höhere Flexibilität in der Spar- und der Entsparphase aufweisen, ausgegangen. Die Lebensversicherungsgesellschaften im Konzern könnten durch ihre umfassende Produktpalette mit innovativen Produkten sowie mit ihrer vertrieblichen Aufstellung überdurchschnittlich im Markt der Senioren und der jungen Kunden profitieren.

Finanzmarktstabilität

Durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist das Vertrauen der Kunden in Banken erheblich beeinträchtigt worden. Auch bei den Versicherungsnehmern besteht vor dem Hintergrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus sowie der Volatilität an den Aktienmärkten

ein hoher Grad an Verunsicherung. Dieses gesamtwirtschaftliche Umfeld bietet aber auch Chancen für Versicherungsunternehmen, innovative Produkte zu entwickeln, die auf diese neuen Gegebenheiten ausgerichtet sind. In Europa, den USA und Asien hatten sich vermehrt Lebensversicherer auf den Absatz moderner, flexibler und an die Aktienmarktentwicklung gebundener Produkte konzentriert. Die klassische deutsche Lebensversicherung, bei der Garantien für die gesamte Laufzeit gegeben werden, steht auf dem Prüfstand. Aufgrund hoher Eigenmittelanforderungen für diese Geschäfte ist es grundsätzlich vorstellbar, die Garantien zukünftig auf einen bestimmten Zeitraum zu begrenzen.

Entwicklung der HDI Pensionskasse AG

Der Talanx-Konzern setzt die Umstrukturierung im Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland weiter fort. Der Umbau soll 2015 abgeschlossen und ab 2016 das Einsparpotenzial in vollem Umfang realisiert werden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Anpassung an das geänderte Umfeld für Lebensversicherungen. Unsere Aufgabe ist es, den Kundennutzen durch innovative, bedarfsgerechte Produkte und Services zu erhöhen. Wir wollen unsere Profitabilität steigern, indem Komplexität reduziert wird und Prozesse effizienter gestaltet werden.

Das Wachstumstempo der der Lebensversicherung zugehörigen Pensionskassen hat sich in den letzten Jahren nur noch verhalten entwickelt. Hiervon war in den vergangenen Jahren auch unsere Gesellschaft betroffen, auch weil die Tarifentwicklungen zu fondsgebundenen Hybridprodukten (TwoTrust-Produktgeneration) und die damit verbundenen Wettbewerbsvorteile bisher nur in der Direktversicherung eingeführt und von unserer Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG angeboten werden.

Chancen für die Pensionskasse ergeben sich aus deren besonderer Flexibilität bei Beitragszahlungen: Die Kontentarife der HDI Pensionskasse AG werden auch heute noch schwerpunktmäßig für individuelle Lösungen genutzt, bei denen eine variable Dotierung von klassischen Rentenprodukten gewünscht wird. Mit der Erfahrung und Expertise eines langjährigen bAV-Versicherers können Lösungen für Unternehmen unterschiedlichster Größen und Branchen bis hin zu kompletten Branchenlösungen umgesetzt und verwaltet werden.

Im Zuge der fortlaufenden Optimierung unserer Strukturen ist es geplant, in 2014 die Gesellschaft mit einer anderen Pensionskasse im Konzern zu verschmelzen.

Im Hinblick auf die insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen gehen wir von einem moderaten Rückgang der Neugeschäftsbeiträ-

ge auf APE-Basis sowie einem leichten Absinken der Bruttobeiträge aus. Das Kapitalanlageergebnis wird deutlich hinter dem durch hohe außerordentliche Erträge geprägten Wert des Geschäftsjahres 2013 zurückbleiben.

Gegenläufig werden unserer Einschätzung nach Teile der Kosteneffekte aus dem Restrukturierungsprogramm im Geschäftsjahr 2014 zum Tragen kommen. Angesichts weiter steigender Aufwendungen für Versicherungsfälle erwarten wir insgesamt für 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Köln, den 20. Februar 2014

Der Vorstand:

Ulrich Rosenbaum

Dr. Bodo Schmithals

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2013 (Anlage 1 zum Lagebericht)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten TEUR
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	117.139	106.536	829	391	1.238
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	3.325	4.053	253	99	250
2. sonstiger Zugang	56	50	13	15	112
3. gesamter Zugang	3.381	4.103	266	114	362
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	153	72	0	0	0
2. Beginn der Altersrente	259	98	0	0	0
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	-6	1	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	788	723	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	468	513	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	32	31	0	0	0
7. sonstiger Abgang	274	69	0	0	0
8. gesamter Abgang	1.968	1.507	0	0	0
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	118.552	109.132	1.095	505	1.600
davon:					
1. beitragsfreie Anwartschaften	45.359	47.264	0	0	0
2. in Rückdeckung gegeben	1.651	1.440	0	0	0

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	TEUR	TEUR	TEUR
1	0	0	3	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
1	0	0	3	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0

Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2013

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	0	0	34.200	480.884
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	0	0	35.271	470.616
davon in Rückdeckung gegeben	0	0	2.408	116.349

Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)

Folgende Versicherungsarten sind im Geschäftsjahr 2013 betrieben worden:

Rentenversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Zusatzversicherung

- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- sonstige Zusatzversicherung

Jahresabschluss.

24 Bilanz

26 Gewinn- und Verlustrechnung

28 Anhang

28 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

32 Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

37 Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

40 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

42 Sonstige Angaben

Bilanz zum 31.12.2013

Aktiva	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
TEUR				
A. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		9.228		3.730
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34.011			33.669
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	596.324			314.820
3. Sonstige Ausleihungen	551.678			655.734
4. Einlagen bei Kreditinstituten	17.200			13.800
		1.199.213		1.018.023
			1.208.440	1.021.753
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				
			51.378	42.893
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft			24.529	28.282
– davon an verbundene Unternehmen: 0 (0) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
II. Sonstige Forderungen				
– davon an verbundene Unternehmen: 81 (1.740) TEUR			34.440	29.279
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
			58.969	57.560
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.271		1.675
II. Andere Vermögensgegenstände		11		7
			1.283	1.681
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
1. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			22.682	24.190
Summe der Aktiva			1.342.752	1.148.078

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, den 19. Februar 2014

Der Treuhänder: Walter Schmidt

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 13. Januar 2014 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Köln, den 19. Februar 2014

Der Verantwortliche Aktuar: Dr. Bodo Schmithals

Passiva	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
TEUR				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		4.000		4.000
II. Kapitalrücklage		20.311		20.311
III. Gewinnrücklagen				
1. andere Gewinnrücklagen		5.137		3.437
			29.448	27.748
IV. Bilanzgewinn			0	1.700
– davon Gewinnvortrag: 0 (500) TEUR				
			29.448	29.448
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	8.959			9.229
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	89			82
		8.870		9.147
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.118.068			956.628
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	5.161			4.682
		1.112.907		951.946
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	953			1.734
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		953		1.734
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	55.363			40.238
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		55.363		40.238
			1.178.093	1.003.065
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag		51.378		42.893
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0		0
		51.378		42.893
D. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen		1.449		333
II. Sonstige Rückstellungen		2.093		1.654
			3.542	1.987
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			5.250	4.764
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		24.744		24.740
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 39 (72) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		314		109
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 15 (96) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
III. Sonstige Verbindlichkeiten		49.983		41.072
– davon aus Steuern: 1 (1) TEUR				
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (0) TEUR				
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 1.447 (2.443) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
			75.041	65.921
Summe der Passiva			1.342.752	1.148.078

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013

	2013	2013	2013	2012
TEUR				
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	108.846			119.688
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-1.781			-6.204
		107.065		113.484
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	270			127
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	7			2
		278		128
			107.342	113.613
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3.926	4.373
3. Erträge aus Kapitalanlagen – davon aus verbundenen Unternehmen: 405 (270) TEUR			103.111	53.810
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			5.415	3.498
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			13	47.514
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-18.277			-16.799
bb) Anteil der Rückversicherer	1.115			2.851
		-17.161		-13.949
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	781			-89
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		781		-89
			-16.381	-14.037
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
Deckungsrückstellung				
a) Bruttobetrag		-169.925		-134.768
b) Anteil der Rückversicherer		479		-43.636
			-169.446	-178.404
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-20.344	-13.742
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			-6.458	-7.658
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			-1.730	-2.156
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-388	0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-1.792	-2.982
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			3.269	3.829

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

	2013	2013	2012
TEUR			
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung – Übertrag		3.269	3.829
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	2.031		1.285
2. Sonstige Aufwendungen	-3.294		-2.910
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2.006	2.204
4. Außerordentliche Erträge	0		2
5. Außerordentliche Aufwendungen	-147		-407
6. Außerordentliches Ergebnis		-147	-404
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-1.023	-599
8. Sonstige Steuern		-837	0
9. Jahresüberschuss		0	1.200
10. Gewinnvortrag		0	500
11. Bilanzgewinn		0	1.700

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten gemäß § 255 Abs. 1 HGB ausgewiesen, sofern keine Abschreibungen und Zuschreibungen erforderlich sind. Die Bewertung erfolgt mit dem gemilderten Niederstwertprinzip auf den beizulegenden Wert gemäß § 341b Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB. Abschreibungen werden vorgenommen, wenn die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert am Bilanzstichtag liegen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden zu Anschaffungskosten abzüglich evtl. erforderlicher Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip aktiviert. Sofern am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert liegen, werden Abschreibungen vorgenommen.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten oder den darunter liegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Hypotheken-, Grundscheid- und Rentenschulden, übrige Ausleihungen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine werden gemäß § 341c HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt und der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit amortisiert. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Abschreibungen werden vorgenommen, falls am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem beizulegenden Wert liegt.

Im Rahmen des Wertaufholungsgebots gem. § 253 Abs. 5 HGB werden auf Vermögensgegenstände, die in früheren Jahren abgeschrieben wurden, Zuschreibungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungswerte oder auf einen niedrigeren Verkehrs- oder Börsenwert vorgenommen, wenn die Gründe für die dauerhafte Wertminderung entfallen sind und eine Wertholung eingetreten ist. Die Zuschreibungen werden erfolgswirksam vereinnahmt.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Alle übrigen Aktivposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlweise auf den Bilanztermin abgegrenzt. Die steuerlichen Bestimmungen werden beachtet.

Die Deckungsrückstellung für den Altbestand im Sinne von § 11c VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes / EWG zum VAG wird nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen berechnet. Das aktuelle Niedrigzinsumfeld und das aufgrund der Methodik zur Ermittlung des gesetzlichen Referenzzinssatzes absehbar anhaltende Erfordernis einer Reservestärkung machen es notwendig, bereits für das Geschäftsjahr 2013 die Sicherheitsmargen im aufsichtsrechtlichen Altbestand zu erhöhen.

Dazu wird eine geschäftsplanmäßig genehmigte Reservestärkung nach der Methode des § 5 Abs. 4 DeckRV mit einem Referenzzinssatz von grundsätzlich 2,75 % berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für den Neubestand wird unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet.

Der Gesamtaufwand für die Bildung der Zinszusatzreserve betrug im Berichtsjahr 52,1 Mio. EUR.

Die Deckungsrückstellungen werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats auf den Bilanztermin abgegrenzt.

Methoden und Berechnungsgrundlagen gemäß § 52 Nr. 2a RechVersV zur Ermittlung maßgeblicher Teilbestände (100 % der Deckungsrückstellung):

Versicherungsbestand	Tarifgeneration	Ausscheidungsordnung	Zinssatz ⁴⁾
Rentenversicherungen	2013	DAV 2004 R Unisex	1,75 %
		GSt 87/93 mod Unisex	1,75 %
	2012	DAV 2004 R	1,75 %
		GSt 87/93 mod	1,75 %
	2007, 2008	DAV 2004 R	2,25 %
		GSt 87/93 mod	2,25 %
	2005, 2006	DAV 2004 R	2,75 %
		GSt 87/93 mod	2,75 %
	2002	DAV 2004 R-B9 ¹⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod	3,25 %
Berufsunfähigkeitsversicherungen	2013	DAV 1997 I Unisex ²⁾	1,75 %
		GSt 87/93 mod Unisex	1,75 %
	2012	DAV 1997 I ²⁾	1,75 %
		GSt 87/93 mod	1,75 %
	2007, 2008, 2009	DAV 1997 I ²⁾	2,25 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	2,25 %
	2005, 2006	DAV 1997 I ²⁾	2,75 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	2,75 %
	2002	DAV 1997 I ²⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod ³⁾	3,25 %

1) oder wertgleiche Ansätze

2) z. T. modifiziert um Zu- und Abschläge für Risikogruppen

3) bei den Tarifen KDE abweichend DAV1994T.

4) Von der Reservestärkung aufgrund der Neubewertung der Deckungsrückstellung in Abhängigkeit vom aktuellen Zinsniveau sind genau die Versicherungsverträge mit einem Rechnungszins von 3,25 % betroffen. Im Rahmen der Neubewertung wird 2,75 % als Referenzzinssatz berücksichtigt.

Erläuterungen

Die Deckungsrückstellung wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Dies geschieht für den Neubestand nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden. Für den Altbestand im Sinne von § 11c in Verbindung mit § 118 b Abs. 5 Satz 2 VAG erfolgt dies nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen.

Bei beitragsfreien Versicherungen und Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird zusätzlich eine Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten gebildet. Ihre Höhe richtet sich nach den hierfür kalkulatorisch angesetzten Zuschlägen, da diese nach heutigem Kenntnisstand ausreichend bemessen sind. Für beitragspflichtige Versicherungen ist auf Grund der vorsichtigen Prämienkalkulation eine Verwaltungskostenrückstellung grundsätzlich nicht erforderlich. Für die von den Urteilen des Bundesgerichtshofs vom 12.10.2005, 26.9.2007, 25.7.2012, 26.6.2013 und 11.9.2013 betroffenen Versicherungen sind die sich daraus ergebenden Anforderungen an Mindestwerte für Rückkaufswerte und beitragsfreie Versicherungssummen berücksichtigt.

Die Zillmerung der Versicherungen des Altbestands erfolgt nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen. Versicherungen des Neubestands werden mit bis zu 40 % der Beitragssumme gezillmert.

Für zugewiesene Rentenzuwächse berechnet sich die Deckungsrückstellung mit den Ausscheideordnungen und Zinssätzen, die auch bei der Deckungsrückstellung der entsprechenden garantierten Leistung verwendet werden.

Die Angaben gemäß § 28 Abs. 8 Nr. 4 RechVersV erfolgt auf der Seite 38.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Rückkäufe, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird für die in Frage kommenden Versicherungen einzeln ermittelt. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsleistungen werden in steuerlich zulässiger Höhe berücksichtigt.

Die Spätschadenrückstellung betrifft die Versicherungsfälle, die bis zum 31. Dezember eingetreten, aber zu diesem Zeitpunkt dem Unternehmen noch nicht bekannt sind. Zur Ermittlung der Spätschadenrückstellung werden Verfahren mit unternehmenseigenen Daten angewendet, die gegenüber der BaFin erläutert worden sind.

Die Deckungsrückstellung zu Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, folgt dem Aktivwert (vgl. hierzu auch die Erläuterungen zur Aktivseite auf Seite 28).

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die übrigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst.

Passive latente Steuern aufgrund der handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Bewertungsgrundsätzen werden mit aktiven latenten Steuern aus Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz verrechnet

Etwaige über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gem. § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit einem Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag) in Höhe von 15,83 % und einem Gewerbesteuersatz in Höhe von 16,63 %.

Die effektive Steuerquote liegt insbesondere aufgrund gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen für Zinsen über der nominalen Steuerquote.

Alle übrigen Passivposten werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Beteiligungsgeschäft

Bei Mitversicherungsverträgen werden die von den federführenden Gesellschaften übernommenen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung – ihrem wirtschaftlichen Charakter folgend – für unseren Anteil den entsprechenden Jahresabschlussposten zugeordnet. Für einige Verträge wird die anteilige Deckungsrückstellung nach einem Näherungsverfahren berechnet. Für diese Verträge stehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses entsprechend den Mitteilungen der Konsortialführer nur unterjährige Werte zur Verfügung, die nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden auf den 31.12.2013 fortgeschrieben werden.

Währungsumrechnung

Soweit die Bilanzposten oder Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Beträge in ausländischer Währung enthalten, werden sie zu den amtlich fixierten Mittelkursen vom 31.12.2013 bzw. zu Transaktionskursen umgerechnet. Eine Ausnahme bilden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die zu fortgeführten historischen Kursen angesetzt werden.

Hinweis:

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Abschlusses, werden die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Anhang in Tausend Euro aufgestellt. Die einzelnen Posten, Zwischen- und Endsummen werden kaufmännisch gerundet. Die Addition der Einzelwerte kann daher von den Zwischen- und Endsummen um Rundungsdifferenzen abweichen.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A. im Geschäftsjahr 2013

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
TEUR			
A. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	6	600	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.724	4.898	0
Summe A.I.	3.730	5.498	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.669	965	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	314.820	512.606	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	466.889	118.243	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	184.757	1	0
c) übrige Ausleihungen	4.088	121	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	13.800	3.400	0
Summe A.II.	1.018.023	635.336	0
Summe	1.021.753	640.834	0

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
0	0	0	606
0	0	0	8.622
0	0	0	9.228
652	29	0	34.011
230.611	0	492	596.324
154.344	0	0	430.788
68.076	0	0	116.682
0	0	0	4.209
0	0	0	17.200
453.683	29	492	1.199.213
453.683	29	492	1.208.440

Zu A. Kapitalanlagen

Ermittlung der Zeitwerte der Kapitalanlagen

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird auf Basis des Ertragswert-, des Net-Asset-Value- bzw. Appraisal-Verfahrens vorgenommen. Für einzelne Gesellschaften wird aus Vereinfachungsgründen der Buchwert als Zeitwert angesetzt.

Die Zeitwerte der Ausleihungen an verbundene Unternehmen, der Namensschuldverschreibungen, der Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie der übrigen Ausleihungen werden mit Hilfe von produkt- und ratingspezifischen Renditekurven ermittelt. Bei den verwendeten Spreadaufschlägen werden spezielle Ausgestaltungen wie zum Beispiel Einlagensicherung, Gewährträgerhaftung oder Nachrangigkeit berücksichtigt.

Die Zeitwerte der Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere werden anhand der Börsenkurse bzw. dem Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag ermittelt. Die Bewertung der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt nach finanzmathematischen Methoden.

Die Zeitwertermittlung der sonstigen Kapitalanlagen erfolgt grundsätzlich auf Basis des Freiverkehrswertes gem. § 56 RechVersV. Dabei handelt es sich bei den an der Börse notierten Kapitalanlagen um den Börsenkurswert am Abschlussstichtag bzw. um die im Folgenden näher beschriebenen Verfahren:

Für Renten und Rentenfonds erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Wertes auf Basis eines Nominalwertverfahrens, das auf dem Ansatz des bei Endfälligkeit zu erwartenden Nominalwertes jedes einzelnen Rententitels beruht, sofern keine bonitätsbedingten Anpassungen vorzunehmen sind. Für gemischte Fonds erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Wertes separat für die einzelnen Bestandteile wie Aktien und Renten nach den oben genannten Verfahren.

Kapitalanlagen

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo
TEUR			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	606	619	13
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	8.622	8.967	345
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34.011	37.242	3.231
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	596.324	593.994	-2.330
3. Sonstige Ausleihungen	551.678	577.019	25.340
4. Einlagen bei Kreditinstituten	17.200	17.200	0
Summe	1.208.440	1.235.039	26.599

Bei folgenden zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen liegen die Zeitwerte unter den Buchwerten:

Kapitalanlagen mit stillen Lasten

	Buchwerte	Zeitwerte
TEUR		
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.239	2.847
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	406.790	398.589
Sonstige Ausleihungen	229.138	213.697
Summe	639.168	615.134

Hierbei wurden unter Anwendung von § 341b Absatz 2 HGB durch die Widmung ins Anlagevermögen Abschreibungen i.H.v. 8.704 TEUR vermieden.

Es handelt sich nach unserer Einschätzung um vorübergehende Wertminderungen.

Zu A.II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Posten A.II.1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet nachfolgend aufgeführte Investmentfonds. Es handelt sich hierbei um Anteile an inländischen Investmentfonds, an denen unsere Gesellschaft jeweils über 10 % der Anteile hält. Es bestehen keine Einschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo	Auschüttung
TEUR				
Rentenfonds:				
Gerling Unternehmensanleihenfonds	29.811	33.433	3.623	1.253
Summe	29.811	33.433	3.623	1.253

Für im Anlagevermögen gehaltene Rentenfonds berechnet sich der beizulegende Wert des Fondsanteils aus der Summe seiner Konstituenten (Renten, Cash, Zinsabgrenzungen, Forderungen/Verbindlichkeiten, Derivate etc.).

Der beizulegende Wert jedes einzelnen Rententitels des Bestands entspricht dem Nominalwert je Renten-Titel oder dem niedrigeren Marktwert, sofern ein Kreditereignis vorliegt oder der Marktwert kleiner 50 % des Nominals ist.

Zu B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

	31.12.2013			31.12.2012		
	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks
EUR						
1000plus Deutschland	406.453	38	15.518.359	369.403	34	12.703.766
ACMBernstein-Gl.Gr.Tr. A	7.765	39	301.947	7.188	33	237.563
Ampega Euro Star 50 Aktienfds	4.480	42	188.199	4.124	35	144.835
Ampega Substanzwerte P (t)	7	102	692	7	103	719
Basket 100	9	154	1.371	9	137	1.202
Basket 20	11	128	1.366	0	0	0
Basket 40	52	134	7.037	17	132	2.184
Basket 60	88	139	12.233	51	131	6.639
Basket 80	126	151	18.917	102	135	13.764
BGF-Emerging Europe Fund A2	17	89	1.496	14	93	1.304
BGF-Global Allo. A2	20	36	732	18	33	593
C-Quadrat Strategie AMI	62.157	53	3.281.266	57.999	48	2.756.692
C-QUADRAT Strategie AMI EUR P1	64.420	53	3.391.053	0	0	0
DWS Akkumula	60	673	40.213	59	573	33.805
DWS Europäische AktienTyp O	14	208	3.009	13	176	2.291
DWS FlexPension 2023	54	141	7.606	64	140	8.961
DWS FlexPension II 2025	8	133	1.112	50	131	6.555
DWS FlexPension II 2026	4	133	582	5	130	652
DWS FlexPension II 2027	16	134	2.103	69	130	8.994
DWS FlexPension II 2028	62	135	8.332	0	0	0
DWS German Equities Typ O	1.450	309	447.944	1.346	234	314.897
DWS Global Fund	0	69	0	0	0	0
DWS Invest Top Dividend LD	1.691	130	219.089	1.363	119	162.569
DWS Vermögensbildungsfds R	59.745	18	1.049.114	51.715	18	920.522
Fidelity European A Acc EUR	205	13	2.600	174		1.827
Invesco Global Eq.Income A USD	13.409	43	579.495	12.395	35	437.296
M&G Global Basics Fund A	37	24	872	32	24	764
MFK Chance	311.431	39	12.027.463	289.254	34	9.846.221
MFK Chance Bertelsmann	34.471	40	1.368.489	32.785	35	1.140.924
MFK Sicherheit	83.945	33	2.769.344	80.098	33	2.620.796
MFK Top Mix Strategie	9.223	39	355.451	7.381	36	263.059
MFK Wachstum	174.275	33	5.686.591	167.773	30	5.009.712
MFK Zukunft	43.983	30	1.332.238	43.018	27	1.156.323
MPC Compet.-Growth Portfolio	0	59	0	52.744	57	3.032.253
SEB EuroCompanies	270	52	13.964	258	44	11.458
SEB Optimix Chance/Risk D	110	43	4.729	0	0	0
SEB Optimix Chance	515	70	36.311	524	60	31.398
SEB Optimix Ertrag	0	50	0	86	52	4.460
SEB Optimix Wachstum	485	67	32.269	480	61	29.261
SEB Strategy Aggressive	0	42	0	113	37	4.129
Templeton Growth EUR A acc	188.582	14	2.570.373	175.022	11	1.905.990
Warburg Classic Fonds	995	17	16.838	885	15	13.629
Warburg Value Fund A	345	224	77.365	307	181	55.447
Summe			51.378.164			42.893.454

Zu C. Forderungen

Zu C.I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	31.12.2013	31.12.2012
TEUR		
1. Versicherungsnehmer		
a) fällige Ansprüche	11.430	14.087
b) noch nicht fällige Ansprüche	2.593	3.228
2. Versicherungsvermittler	10.506	10.966
Summe	24.529	28.282

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

Zu A.I. Gezeichnetes Kapital

Das als „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital von 4.000 TEUR ist eingeteilt in 40.000 auf den Namen lautende Stückaktien à 100 EUR.

Zu B.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

TEUR	
Stand 31.12.2012	40.238
Entnahme für Gewinnanteile an Versicherungsnehmer	5.219
Zuweisungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	20.344
Stand 31.12.2013	55.363

Zusammensetzung der RfB

TEUR	
RfB, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge entfällt	
a) laufende Gewinnanteile	3.061
b) Schlussgewinnanteile und Schlusszahlungen	388
c) Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	307
d) Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c)	14
RfB, die auf den Teil des Schlussgewinnanteilfonds entfällt, der	
e) für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	77
f) für die Finanzierung von Schlussgewinnanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b) und e)	10.515
g) für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c)	8.180
h) ungebundener Teil der RfB (ohne a) bis g))	32.822
Summe	55.363

Bei der Entnahme für Gewinnanteile des Geschäftsjahres 2013 wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Für das Jahr 2014 wurden die auf den Seiten 45 bis 49 genannten Gewinnanteilsätze festgesetzt. Bei der Festlegung der laufenden Gewinnanteile wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Die Teilrückstellung des so genannten Schlussgewinnanteilfonds gemäß f) wird prospektiv und einzelvertraglich gerechnet und enthält für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr die mit 2,9 % diskontierten anteiligen Schlussgewinnanteile. Dabei wird mit „anteilig“ der Anteil der bereits zurückgelegten Versicherungsdauer an der gesamten Versicherungsdauer bzw. der gesamten Aufschubzeit bei Rentenversicherungen bezeichnet. Hiervon abweichend wird für kapitalbildende Versicherungen ohne Schlussgewinnkonto der anteilige Endwert nach Maßgabe des zeitlichen Verlaufs der Entstehung der Erträge der Kapitalanlagen ermittelt. Die zum 31.12.2013 nach dem § 28 RechVersV in der Fassung vom 25.5.2009 ermittelten Werte des Schlussgewinnanteilfonds werden nach Berücksichtigung der festgelegten Schlussgewinnanteile und Bestandsveränderungen dabei nicht unterschritten. Für Versicherungen mit Schlussgewinnkonto enthält der Schlussgewinnanteilfonds grundsätzlich das jeweilige Schlussgewinnkonto, sofern positiv. Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten werden nicht angesetzt. Für im Folgejahr vorzeitig fällig werdende Schlussgewinnanteile werden entsprechende Abzüge gemacht, die als Schlussgewinnanteile festgelegt werden.

Zu D.2. Sonstige Rückstellungen

	31.12.2013	31.12.2012
TEUR		
a) drohende Verluste ¹⁾	1.154	1.175
b) zu zahlende Kosten und Gebühren	562	327
e) zu zahlende Steuerzinsen	168	0
d) Jahresabschlusskosten	106	104
e) Provisionen	55	0
f) Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	48	48
Summe	2.093	1.654

1) Rückstellung für anteilige Belastung durch künftige Mietausfälle bei leerstehenden Gebäuden in Hamburg

Zu F. Andere Verbindlichkeiten

Zu F.I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	31.12.2013	31.12.2012
TEUR		
1. gegenüber Versicherungsnehmern	19.542	19.816
2. gegenüber Versicherungsvermittlern	5.202	4.924
Summe	24.744	24.740

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern enthalten verzinslich angesammelte Überschussanteile in Höhe von 4.335 (4.162) TEUR.

Zu F.III. Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2013	31.12.2012
TEUR		
Verbindlichkeiten aus dem Führungsfremdgeschäft	46.983	37.868
Kontokorrentverbindlichkeiten	1.447	2.443
übrige Verbindlichkeiten	1.554	761
Summe	49.983	41.072

Es bestehen keine Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2013	2012
TEUR		
Einzelversicherungen	45.679	47.791
Kollektivversicherungen	63.167	71.897
laufende Beiträge	108.188	119.010
Einmalbeiträge	658	678
Pensionsversicherungen	105.319	115.936
Sterbegeldversicherungen	0	0
Zusatzversicherungen	3.527	3.752
aus Verträgen:		
ohne Gewinnbeteiligung	0	0
mit Gewinnbeteiligung	93.662	103.047
bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	15.184	16.641
Summe	108.846	119.688

Zu I.3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2013	2012
TEUR		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	42.940	40.999
– davon aus verbundenen Unternehmen: 405 (270) TEUR		
b) Erträge aus Zuschreibungen	29	168
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	60.142	12.642
Summe	103.111	53.810
– davon: Erträge aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen entfallen		
a) laufende Kapitalerträge	59	40
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	62	54
Summe	121	93

Zu I.9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

	2013	2012
TEUR		
a) Abschlussaufwendungen	4.028	4.533
b) Verwaltungsaufwendungen	2.417	2.964
Summe	6.445	7.497
c) davon ab:		
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	13	161
Summe	6.458	7.658

Zu I.10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2013	2012
TEUR		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	1.235	1.113
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	492	106
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3	937
Summe	1.730	2.156
– davon: Aufwendungen aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen entfallen		
a) Verwaltungsaufwendungen	84	79
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1	0
Summe	85	79

Rückversicherungssaldo für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft¹⁾

	2013	2012
TEUR		
Verdiente Beiträge	-1.774	-6.202
Aufwendungen für Versicherungsfälle	1.115	2.850
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-13	-161
Veränderung der Deckungsrückstellung	479	-43.636
Saldo	-193	-47.149

1) Bei der Darstellung des Rückversicherungssaldos sind Aufwandsposten zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 2. Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 84 TEUR enthalten.

Zu 5. Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten die Aufwendungen aus Restrukturierung.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Für unsere Gesellschaft ergeben sich hieraus keine zukünftigen Verpflichtungen mehr.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 1.257 TEUR.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 11.313 TEUR.

Finanzielle Verpflichtungen könnten sich aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19.12.2013 zur Europarechtswidrigkeit der einjährigen Widerspruchsfrist in zwischen 1994 und 2007 nach dem sogenannten Policenmodell geschlossenen Versicherungsverträgen ergeben. Die konkreten Auswirkungen dieser Rechtsprechung können bis zu einer endgültigen Entscheidung des Bundesgerichtshofs über die Rechtsfolgen noch nicht abgeschätzt werden.

Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir zur Anpassung zukünftiger Liquiditätsströme 2013 sowie in den Vorjahren Vorkäufe mit einem Abrechnungsbetrag von insgesamt 49.826 TEUR getätigt. Es wurden festverzinsliche Kapitalanlagen (u.a. Namenszerobonds) mit Wertstellungen in den Jahren 2016 bis 2020 geordert, die in den Jahren 2026 bis 2041 fällig werden. Der beizulegende Zeitwert der Vorkäufe betrug am Bilanzstichtag 3.936 TEUR.

Für die Gesellschaft bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus offenen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 11.094 TEUR, die aus einem Investitionsprogramm („TD Real Assets GmbH & Co. KG“) mit einem Zeichnungsvolumen von insgesamt 11.700 TEUR resultieren.

Beteiligungen an unserer Gesellschaft

Die Talanx Deutschland AG, Hannover, hat uns mitgeteilt, dass ihr unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) sowie gleichzeitig unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 und 3 AktG) gehört.

Konzernabschluss

Die Gesellschaft ist Konzerngesellschaft des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hannover, sowie der Talanx AG, Hannover. Der HDI (Mutterunternehmen des HDI-Konzerns) stellt nach § 341 i HGB einen Konzernabschluss auf, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Für die Talanx AG als Mutterunternehmen des Talanx-Konzerns ergibt sich daneben die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses aus § 290 HGB, welcher auf der Grundlage von § 315 a Absatz 1 HGB gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt wird. Die Konzernabschlüsse werden im Bundesanzeiger bekannt gegeben.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2013	2012
TEUR		
1. Provisionen der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Geschäft	1.521	1.995
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	0	0
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
Summe	1.521	1.996

Mitarbeiter

Die HDI Pensionskasse AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 2 und 3 aufgeführt.

Organbezüge

Die aktiven Vorstandsmitglieder haben für ihre Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge erhalten. Sofern sie auch Organe anderer Gesellschaften des Talanx-Konzern sind, erhielten Vorstandsmitglieder Bezüge für ihre Tätigkeit in diesen Gesellschaften.

Für ihre frühere Tätigkeit in unserer Gesellschaft erhielten ehemalige Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene keine Bezüge.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für die Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge.

Köln, den 20. Februar 2014

Der Vorstand:

Ulrich Rosenbaum

Dr. Bodo Schmithals

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HDI Pensionskasse AG, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 4. März 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rainer Husch
Wirtschaftsprüfer

Rolf-Theo Klein
Wirtschaftsprüfer

Überschussbeteiligung.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Bei überschussberechtigten Verträgen werden die Kunden gemäß Versicherungsvertragsgesetz (VVG) direkt an den Bewertungsreserven der HDI Pensionskasse AG beteiligt. Nach § 153 Abs. 3 VVG hat der Versicherer die Bewertungsreserven mindestens einmal jährlich zu ermitteln und unter Berücksichtigung der geltenden aufsichtsrechtlichen Regelungen den einzelnen Versicherungsverträgen nach einem verursachungsorientierten Verfahren rechnerisch zuzuordnen.

Die Höhe der Bewertungsreserven der HDI Pensionskasse AG wird monatlich ermittelt – jeweils zum Handelsschluss des ersten Börsentages eines jeden Kalendermonats (Bewertungsstichtage). Die Bewertungsstichtage der Geschäftsjahre 2013 und 2014 können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Bewertungsstichtage	
2013	2014
02.01.2013	02.01.2014
01.02.2013	03.02.2014
01.03.2013	03.03.2014
02.04.2013	01.04.2014
02.05.2013	02.05.2014
03.06.2013	02.06.2014
01.07.2013	01.07.2014
01.08.2013	01.08.2014
02.09.2013	01.09.2014
01.10.2013	01.10.2014
01.11.2013	03.11.2014
02.12.2013	01.12.2014

Bei Beendigung des Vertrags ist der zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelte Betrag maßgeblich.

Bei Rentenversicherungen in der Anwartschaft erfolgt die Zuteilung nach § 153 Abs. 4 VVG zum Rentenbeginn; auch hier wird der Betrag zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelt.

Bei fälligen Renten werden die Bewertungsreserven anteilig zum Ende jedes Versicherungsjahres zugeteilt und zur Erhöhung der versicherten Leistungen verwendet oder bar ausgezahlt. Sie beruhen auf den Bewertungsreserven zum Bewertungsstichtag 1. Oktober 2013.

Gewinnbeteiligung der Versicherten

Im Folgenden sind die Gewinnanteilsätze bzw. die Erhöhung der Anwartschaft auf Schlussgewinnanteile bei Erleben des Ablaufs für die gewinnberechtigten Versicherungen in Euro dargestellt, die am 31.12.2013 im Bestand waren. Grundsätzlich gelten diese für Zuteilungen ab dem 1.1.2014.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen mit planmäßigem Rentenbeginn bis zum 1.3.2014 sowie für Versicherungen im Rentenbezug mit Versicherungsstichtag 1.1. bis 1.3. sind für die Gewinnzuteilungen im Jahr 2014 die Gewinnanteilsätze des Jahres 2013 maßgebend.

Die Darstellung der Überschussanteilsätze ist folgendermaßen gegliedert:

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen als Haupt- oder Zusatzversicherung jeweils vor Rentenbeginn

III. Versicherungen im Rentenbezug

Die Vorjahreswerte sind, sofern sie sich von den Werten für 2014 unterscheiden, in Klammern angegeben.

Der Hamburger Bestand umfasst alle Versicherungen, die nach den Tarifen KDE abgeschlossen wurden.

Der Kölner Bestand umfasst die anderen Versicherungen.

Die Versicherungen des Hamburger Bestandes werden folgenden Tarifgenerationen zugeordnet:

Tarifgeneration	Bestandsuntergruppen, Gewinnverbände
2007	Bestandsuntergruppen, die mit „12“ enden
2006	Bestandsuntergruppen, die mit „11“ enden
2005	Gewinnverbände, die mit „09“ oder „10“ enden
2002	Sonstige Gewinnverbände

Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven

Der Anteilsatz der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven an der Summe aus Schlussgewinnbeteiligung und Mindestbeteiligung wird für Versicherungen aller Bestände auf 50 % festgesetzt.

Im Folgenden umfassen die Gewinnanteilsätze für die Schlussgewinnbeteiligung stets auch die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven, ohne dass dies ausdrücklich erwähnt ist.

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

1. Zinsgewinnanteile

Den Rentenversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Kapitalerhalt werden folgende laufende Zinsgewinnanteile in % des Deckungskapitals der Stammversicherung und in % des Deckungskapitals des Rentenzuwachses zugeteilt.

	Tarifgeneration		
	2002 - 2006	2007, 2008	2012, 2013
Fondsgebundene Hamburger Versicherungen ¹⁾²⁾	0	0,0208 (0,0416)	–
Kölner AVmG-Versicherungen ¹⁾²⁾	0,000	0,021 (0,041)	0,062 (0,082)
Sonstige Versicherungen	0,00	0,25 (0,50)	0,75 (1,00)

1) Bei fondsgebundenen Versicherungen in % des klassischen Deckungskapitals bzw. gewinnberechtigten Garantiekontos

2) monatliche Zuteilungen

Bei den Hamburger Rentenversicherungen erfolgt die Zuteilung nach Ablauf einer Wartezeit von 5 % der Aufschubzeit. Bei den Hamburger fondsgebundenen Versicherungen mit Kapitalerhalt erfolgt die Zuteilung nach Ablauf einer Wartezeit von 12 Monaten.

Der Ansammlungszinssatz beträgt 3,25 % für Versicherungen der Tarifgeneration 2002, 2,75 % für Versicherungen der Tarifgenerationen 2005 und 2006 und 2,50 % (2,75 %) für Versicherungen der Tarifgeneration 2007.

2. Kosten- und Risikogewinnanteile

- Beitragspflichtige Hamburger Rentenversicherungen der Gewinnverbände GR und MR (Tarifgeneration 2002) erhalten nach Ablauf der Wartezeit von 5 % der Aufschubzeit einen Grundüberschussanteil von 0,2 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals.
- Fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten einen Risikogewinn von 25 % des gewinnberechtigten Risikobeitrags.
- Fondsgebundene Hamburger Versicherungen erhalten nach Ablauf einer Wartezeit bis zum Ende der Aufschubzeit monatlich 1/12 von 1,6 % (Tarifgeneration 2002), 1 % (Tarifgeneration 2006), 0,5 % (Tarifgeneration 2007) des vorhandenen Fondsvermögens als Kostengewinn. Die Wartezeit für diesen Gewinnanteil beträgt für Makler- und Firmengruppentarife das Maximum aus 15 Jahre und der Aufschubzeit abzgl. 5 Jahre und für Maklertarife der BrokerLine das (auf ganze Jahre gerundete) Maximum aus 18 Jahre, 80 % der Aufschubzeit sowie der Aufschubzeit abzgl. 7 Jahre. Beitragspflichtige Hamburger fondsgebundene Versicherungen erhielten im Vorjahr zusätzlich 2 % des gewinnberechtigten Beitrags ohne Wartezeit.
- Im Vorjahr erhielten Kölner AVmG-Versicherungen der Tarifgenerationen 2002 bis 2006 des Abrechnungsverbandes GR sowie des Gewinnverbandes „Kollektiv“ sowie Versicherungen im Rahmen der Gruppenverträge mit Bertelsmann, DEHOGA und des Zukunftfonds Medien, Druck und Papier einen Schlusskostengewinnanteil von monatlich 0,15 % des Gesamtkapitals (RMA02, RMA12 bzw. RMA13) bzw. des gewinnberechtigten Garantiekapitals (FRMA 02). Dabei wurde im Vorjahr der Schlusskostengewinnanteil auf bis zu 0 ‰ um den Betrag gekürzt, um den der guthabenabhängige Kostensatz 0,5 ‰ unterschritt.
- Kölner AVmG-Versicherungen der Tarifgenerationen 2007 bis 2013 – ohne Versicherungen im Rahmen der Gruppenverträge mit Bertelsmann, DEHOGA und des Zukunftfonds Medien, Druck und Papier – erhalten einen Kostengewinnanteil von monatlich 0,25 ‰ des Anteilguthabens einschließlich Schlussgewinnbeteiligung, von dem 75 % als laufende und 25 % als Schlussgewinnbeteiligung zugeteilt werden.

3. Schlussgewinnanteile

Folgende jährliche Erhöhungen der Schlussgewinnanwartschaften werden zugeteilt:

			Satz	Bezugsgröße
Hamburg	Rentenversicherung	Tarifgeneration 2007	6,25 % (6,50 %)	Jahresrente
		Tarifgeneration 2005, 2006	0,00 % (6,00 %)	Jahresrente
		Tarifgeneration 2002	0,00 % (0,00 %)	Jahresrente
	Fondsgebundene Versicherungen	Tarifgeneration 2007	4,00 ‰	Deckungskapital ⁴⁾
		Tarifgeneration 2006	0,00 ‰ (4,00 ‰)	Deckungskapital ⁴⁾
		Tarifgeneration 2002	0,00 ‰ (0,00 ‰)	Deckungskapital ⁴⁾
Köln	AVmG-Versicherungen ¹⁾	Tarifgeneration 2005, 2006	0,008 % (0,041 %)	wie LGA ²⁾
			0,234 % (0,267 %)	SGB ³⁾
		Tarifgeneration 2002	0,000 % (0,000 %)	wie LGA ²⁾
			0,000 % (0,267 %)	SGB ³⁾
		sonst	0,041 %	wie LGA ²⁾
			0,247 % (0,267 %)	SGB ³⁾

zu 3. Schlussgewinnanteile

			Satz	Bezugsgröße
Köln	sonstige Versicherungen	Tarifgeneration 2005, 2006	0,10 % (0,50 %)	wie LGA ²⁾
			2,85 % (3,25 %)	SGB ³⁾
	Tarifgeneration 2002	0,00 %	wie LGA ²⁾	
		0,00 % (3,25 %)	SGB ³⁾	
	sonst	0,50 %	wie LGA ²⁾	
		3,00 % (3,25 %)	SGB ³⁾	

1) monatliche Zuteilung

2) Bezugsgröße wie für laufende Zinsgewinnanteile

3) erreichte Schlussgewinnbeteiligung nur für nicht fondsgebundene Versicherungen

4) Garantie-Deckungskapital zum vereinbarten Rentenbeginn

Beitragsfreie Hamburger Versicherungen erhalten hiervon abweichend die Hälfte der vorgenannten Erhöhungen.

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen vor Rentenbeginn

Die hier beschriebenen Versicherungen kommen in der Ausprägung der Zusatz- und Hauptversicherung vor. Es werden die in der folgenden Tabelle genannten Gewinnanteilsätze zugeteilt:

	Tarifgeneration	Risikogruppe	Beitragsgewinnanteil (Form A) ¹⁾	Bonus (Form B) ²⁾	Gewinnanteil zur Erhöhung der Leistungen der Renten- versicherung (Form G) ³⁾
Köln	ab 2012	A1	–	56	36
		sonst	–	43	30
	2009		–	75	43
	2008		–	43	30
	2002 - 2007	A	38	82	45
		sonst	25	43	30
Hamburg			25	–	–

1) in % des gewinnberechtigten Beitrags

2) in % der versicherten Leistungen

3) in % des gewinnberechtigten Risikobeitrags

Für beitragsfreie Kölner Versicherungen gilt die folgende Tabelle:

Tarifgeneration	Satz ¹⁾
2012 - 2013	1,05 % (1,30 %)
2007 - 2009	0,55 % (0,80 %)
2005 - 2006	0,05 % (0,30 %)
2002	0,00 %

1) Bezugsgröße ist das gewinnberechtigende Deckungskapital zzgl. Deckungskapital für den bereits gutgeschriebenen Rentenanteil

Der Ansammlungszinssatz beträgt 2,80 % (3,05 %).

III. Versicherungen im Rentenbezug

Fällige Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen (außer mit Gewinnform S) erhalten folgende Gewinnanteile in % der Vorjahresrente, bei Barauszahlung, Gewinnform H oder V abweichend in % des Deckungskapitals:

		Tarifgeneration	Satz ²⁾
Hamburg ¹⁾	Rentenversicherungen	2007	0,80 (1,05)
		2005, 2006	0,30 (0,55)
		2002	0,00
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	2007	0,55 (0,80)
		2005, 2006	0,05 (0,30)
		2002	0,00
Köln	fondsgebundene Rentenversicherungen	2007 - 2009	0,80 (1,05)
		2005, 2006	0,30 (0,55)
		2002	0,00 (0,05)
	sonstige Rentenversicherungen	2013	1,35 (1,60)
		2012	1,30 (1,55)
		2007 - 2009	0,80 (1,05)
		2005, 2006	0,30 (0,55)
		2002	0,00
		Berufsunfähigkeitsversicherungen	2013
	2012		1,05 (1,30)
	2007 - 2009		0,55 (0,80)
			2005, 2006
		2002	0,00

1) Hamburger fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten in der Rentenbezugszeit keine Gewinnanteile

2) zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,21 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005; Vorjahr: 0,35 %),

0,05 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005; Vorjahr 0,10 %) bzw. 0,09 % (alle Versicherungen ab Tarifgeneration 2006; Vorjahr: 0,60 %)

Für Rentenversicherungen mit der Gewinnform S wird die Berechnung des Rentengewinnanteils in der folgenden Tabelle dargestellt und erläutert:

Tarifgeneration	Rentenbeginn	Rentengewinnanteil ab	
		dem ersten Rentenbezugsjahr ¹⁾	Beginn eines neuen Rentenbezugsjahr ²⁾
2007, 2008	ab 01.04.2014	0,00	0,80
	01.04.2013 - 31.03.2014	0,03	0,75 (1,00)
	01.04.2012 - 31.03.2013	0,33	0,25 (0,50)
	01.04.2011 - 31.03.2012	0,51	0,00 (0,20)
	bis 31.03.2011	0,90	0,00
2005, 2006	ab 01.04.2013	0,00	0,30 (0,55)
	01.04.2012 - 31.03.2013	0,03	0,25 (0,50)
	01.04.2011 - 31.03.2012	0,21	0,00 (0,20)
	bis 31.03.2011	0,60	0,00
2002 ³⁾	ab 01.04.2012	0,00	0,00 (0,05)
	bis 31.03.2012	0,30	0,00
2002 ⁴⁾	ab 01.04.2012	0,00	0,00
	01.04.2007 - 31.03.2012	0,30	0,00
	01.04.2004 - 31.03.2007	0,03	0,00
	bis 31.03.2004	0,27	0,00

1) in % des 1,05-Fachen des Deckungskapitals

2) in % der Vorjahresrente ggf. einschließlich Rentengewinnanteil, zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,21 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005; Vorjahr: 0,35 %), 0,05 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005; Vorjahr 0,10 %) bzw. 0,09 % (alle Versicherungen ab Tarifgeneration 2006; Vorjahr: 0,60 %) der Rente ohne Rentengewinnanteil

3) fondsgebundene Rentenversicherungen mit Rentenbeginn ab 01.04.2006

4) sonstige Versicherungen

Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand der HDI Pensionskasse AG auf der Basis ausführlicher schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand in zwei ordentlichen Sitzungen und durch regelmäßige Vorlage von Unterlagen über die Lage und die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf sowie das Risikomanagement unterrichten lassen. Die einzelnen Themen hat er intensiv hinterfragt, diskutiert und - soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich - nach eingehender Prüfung und Beratung ein Votum abgegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde darüber hinaus vom Vorstand laufend über wichtige Entwicklungen, anstehende Entscheidungen und die Risikolage im Unternehmen unterrichtet.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Aufsichtsrat wurde laufend über die für das Geschäftsjahr 2014 beabsichtigte Verschmelzung der Gesellschaft auf die Konzernschwester-Gesellschaft PB Pensionskasse AG und die dazu bereits eingeleiteten vorbereitenden Maßnahmen informiert.

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft und der laufenden Berichterstattung waren im Geschäftsjahr 2013 keine Prüfungsmaßnahmen nach § 111 Abs. 2 AktG erforderlich.

Ferner wurde der Aufsichtsrat in den Sitzungen über den aktuellen Stand zum Risikomanagement sowie zur Risikostrategie informiert. Er hat sich von der Leistungsfähigkeit des Risikomanagementsystems überzeugt.

Der Aufsichtsrat konnte feststellen, dass der Vorstand seine operativen Schwerpunkte zutreffend gesetzt und geeignete Maßnahmen ergriffen hat. Insgesamt hat der Aufsichtsrat im Rahmen seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Zuständigkeiten an den Entscheidungen des Vorstands mitgewirkt und sich von der Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmensführung überzeugt.

Jahresabschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden. Die Bestellung der Abschlussprüfer erfolgte durch den Aufsichtsrat; der Aufsichtsratsvorsitzende erteilte den konkreten Prüfungsauftrag. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; in dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wird erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln, und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Die Abschlussunterlagen und der Prüfungsbericht der KPMG wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Abschlussprüfer war bei der Bilanzaufsichtsratsitzung anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts hat er sich dem Urteil der Abschlussprüfer angeschlossen und den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Bilanzaufsichtsratsitzung am 5. März 2014 gebilligt. Damit ist der Jahresabschluss festgestellt. Dem Lagebericht und insbesondere den dort getroffenen Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung unterrichtet und dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich nach seiner Prüfung dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat ferner den Bericht des Verantwortlichen Aktuars über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts 2013 zur versicherungsmathematischen Bestätigung sowie den Bericht der Internen Revision für das Geschäftsjahr 2013 und den Compliance-Bericht 2013 jeweils nach Aussprache ohne Beanstandung entgegengenommen.

Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Die Aufsichtsratssitzungen im Frühjahr 2013 wurden innerhalb des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland des Talanx-Konzerns genutzt, um die Gremienstruktur einiger Gesellschaften anzupassen.

Im Zuge dessen hat Herr Ulrich Rosenbaum sein Mandat als Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats mit Wirkung zum 15. März 2013 niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat Herrn Rosenbaum für seine geleistete Tätigkeit gedankt. Die ordentliche Hauptversammlung am 28. Februar 2013 hat Herrn Markus Drews mit Wirkung ab dem 15. März 2013 als Nachfolger von Herrn Rosenbaum zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Herr Gerhard Frieg wurde aus der Mitte des Aufsichtsrats gleichfalls mit Wirkung ab dem 15. März 2013 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Herr Markus Drews hat zuvor sein Mandat als Mitglied des Vorstands ebenfalls mit Wirkung zum 15. März 2013 niedergelegt. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 28. Februar 2013 wurde Herr Ulrich Rosenbaum mit Wirkung ab dem 15. März 2013 zum Mitglied des Vorstands unter gleichzeitiger Berufung zum Vorsitzenden des Vorstands bestellt. Der Aufsichtsrat hat Herrn Drews für seine als Vorstandsmitglied geleistete Arbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit.

Köln, den 5. März 2014

Der Aufsichtsrat:

Gerhard Frieg
Vorsitzender

Entwurf

Impressum

HDI Pensionskasse AG

Charles-de-Gaulle Platz 1

50679 Köln

Telefon +49 221 144-1

Telefax +49 221 144-3833

Amtsgericht Köln, HRB 43158

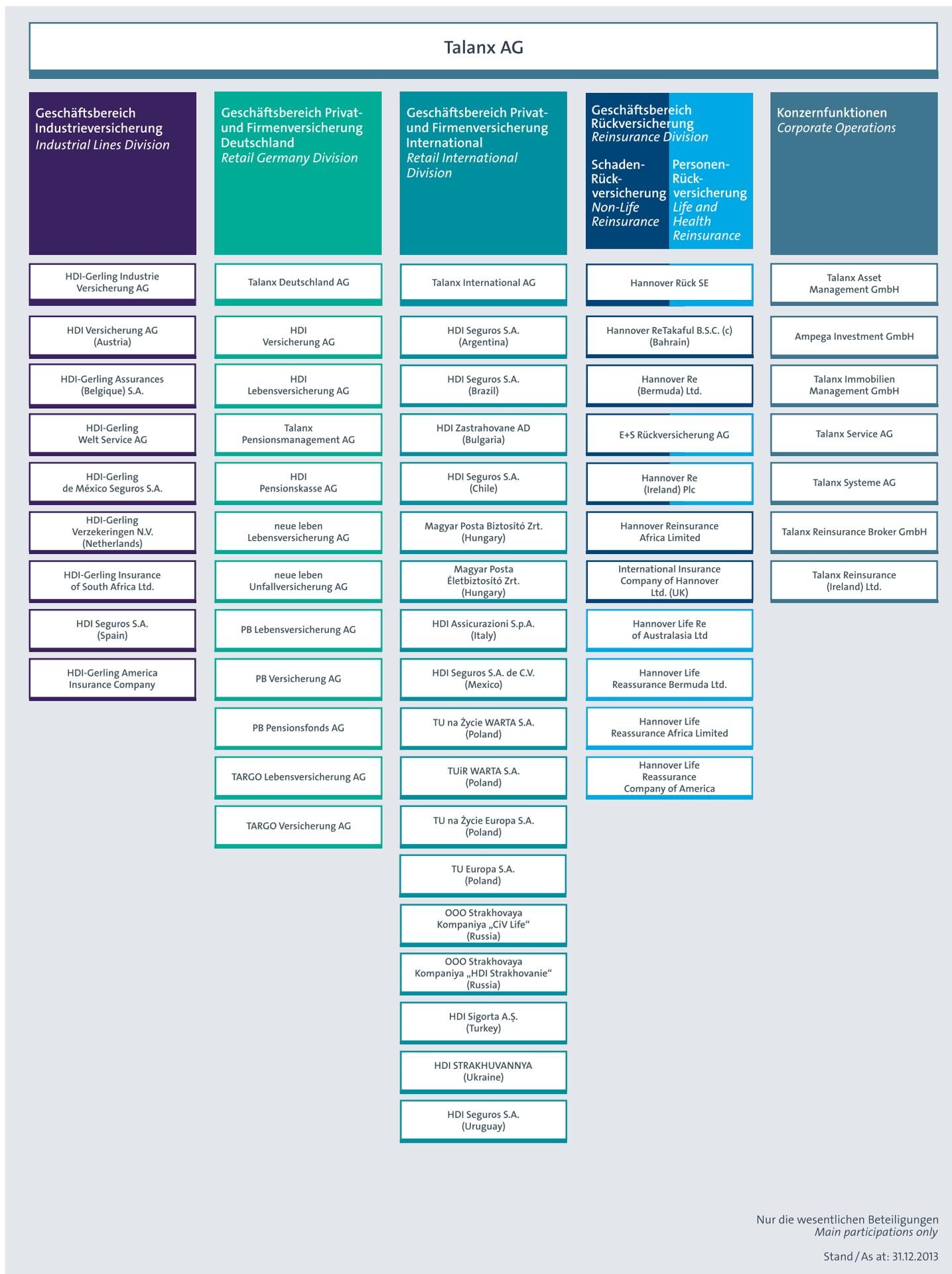
www.hdi.de

Ansprechpartner für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon +49 511 3747-2022

Telefax +49 511 3747-2025

pr@talanx.com



HDI Pensionskasse AG
Charles-de-Gaulle-Platz 1
50679 Köln
Telefon + 49 221 144-1
Telefax + 49 221 144-3833
www.hdi.de
www.talanx.com

talánx.